1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 25 vom 22. Juni 1984 18. Jahrgang 1 DM

Auf die Nase...

... gekriegt haben vergangene Woche in Straßburg randalierende Nazi-Banden, die als Fußballfans getarnt sich auch in Frankreich austoben wollten. Allen voran war unter anderem die berüchtigte Dortmunder Borussenfront zu sehen gewesen, von denen auch einer verurteilt wurde. Nazilieder gröhlend waren sie durch Straßburgs Straßen gezogen, hatten Schaufenster eingeworfen und die elsässische Bevölkerung rundherum provoziert. Wenn solche Nazi-Schläger eine auf die Nase bekommen, kann das nur gut sein, aber es löst natürlich das Problem nicht.

Mit ihrer ausländerfeindlichen Hetze schwimmen sie, das ist oft genug gesagt, im Strom, dessen Quelle in Bonn liegt. Natürlich sind solche „Auswüchse" wie es dann gerne und vorschnell genannt wird, verschiedensten Leuten peinlich, vor allem wenn sie im Ausland geschehen und sich nicht auf kleiner Flamme halten lassen, was Berichterstattung usw. angeht.

Das Entscheidende, über alle konkreten Auseinandersetzung hinaus, ist die politische Bewegung, die den Behörden dieses Staates Maßnahmen gegen diese faschistischen Banden abringen muß, zu stärken. Diese werden ganz sicher nicht von selber kommen, ohne entschiedenen Kampf darum, aber auf solche Forderungen zu verzichten, das würde der Politik der etablierten Bonner Parteien — auf allen Ebenen — nur entgegenkommen.

Daß Nazis so ungehindert in Fanclubs eindringen konnten, gar eigene aufbauen, das hat bei weitem nicht nur mit „ansich nationalistischer" Ideologie von Fußballfans zu tun. Das hat zumindest genau so viel damit zu tun, daß sie dort auf keinerlei Gegenkraft stoßen. Schon gar nicht beim DFB, dessen Vergangenheit, Tradition und Praxis es ihm in weiten Teilen gar nicht erlauben würden, so etwas zu tun. Aber natürlich ist hier auch eine Aufgabe für demokratisch gesinnte Sportler und Sportfreunde.

Fazit: Die Bemühungen müssen verstärkt werden, daß sie öfter mal was auf die Nase kriegen. Der echte Nazikern solcher Clubs ist erkennbar...

Was soll denn eine Schlichtung bringen?

Vor Leber-Schäden wird gewarnt

Am Mittwoch, dem 20. 6., ist die Schlichtungsstelle für die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens mit dem Exbundesverteidigungsminister Georg Leber als stimmberechtigtem Vorsitzenden zusammengetreten.

(„Vor Leber-Schäden" muß man deswegen warnen, weil eben dieser Georg Leber lange Zeit als Bundeswehrminister beispielsweise dafür gesorgt hat, daß mehr Geld für Rüstung und weniger für Soziales ausgegeben wurde — deshalb können ihn ja auch Unternehmer und auch CDU „gut leiden"). Innerhalb von fünf Werktagen müßte die Schlichtungsstelle einen Einigungsvorschlag beschließen. Vereinbart wurde zwischen Unternehmern und IG Metall, daß dieser Spruch der Schlichtungsstelle nur einstimmig gefaßt werden kann.

Es fragt sich, was das Schlichtungsverfahren bringen soll. Die Ausweitung der Aussperrung in Baden-Württemberg und Hessen deutet nicht gerade darauf hin, daß die Unternehmer einer generellen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zustimmen wollen. Die IG Metall hat bei der Mitgliederbefragungsaktion in Baden-Württemberg eindeutig den Willen der Streikenden erfahren: Von der Forderung nach genereller Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit darf nicht abgerückt werden. Deutlich äußerten sich auch die vier Tarifkommissionen im Nordverbund: Auch im Schlichtungsverfahren dürfe nicht von der Forderung der 35-Stunden-Woche abgerückt werden. **(Siehe auch Kommentar auf Seite 3).**

Europawahlen:

Kein „Bekenntnis" zu Europa

Das von den bürgerlichen Parteien der verschiedenen Mitgliedsländer, einschließlich der revisionistischen Parteien Italiens und Frankreichs erhoffte Bekenntnis zu Europa fand nicht statt. Das allgemeine Gejammer über die geringe, gesunkene Wahlbeteiligung einerseits, die vielen Stimmen für ausdrückliche oder potentielle EG-Gegner andererseits, das verdarb manchen, insbesondere Bonner Plan.

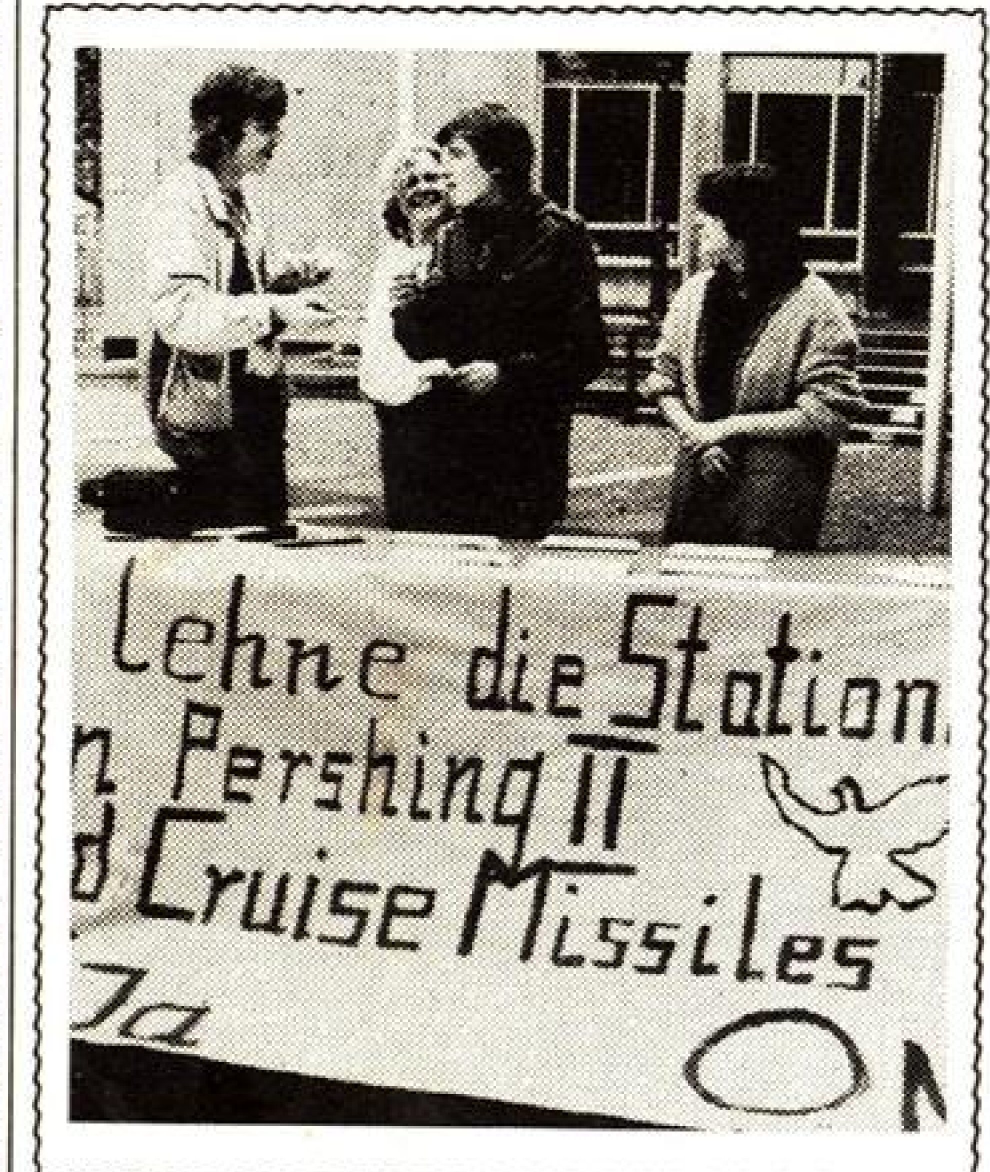
Die Wahlsieger waren in der BRD die Grünen, in England die Labour-Party, in Italien die revisionistische KPI, in Frankreich die Faschisten der „Front nationale". In den anderen Ländern gab es keine so deutlichen Ergebnisse wie hier.

Die Wahlverlierer waren in der BRD alle anderen Bonner Parteien, insbesondere die FDP, in England die Tories von Margaret Thatcher, in Frankreich die beiden Regierungsparteien, in Italien die beiden großen Regierungsparteien DC und PSI von Bettino Craxi.

Somit waren deutliche Wahlniederlagen der Regierungsparteien in den vier größten EG-Mitgliedsstaaten der gemeinsame Nenner des konkreten Wahlergebnisses, dessen Bedeutung insgesamt natürlich durch die geringe Wahlbeteiligung stark in Frage gestellt wird. Sowohl die konservative bundesdeutsche, englische als auch (im Kern) italienische Regierung verloren, am meisten in England, als auch am allerstärksten die französische Koalition aus PSF und PCF.

Die Wahlsieger waren vielschichtiger: Die Anti-EG-Liste in Dänemark und teilweise die Labourpartei mit ähnlicher Richtung, die Grünen in der BRD, die KP Italiens, die beide diese Richtung nicht haben, und eben die FN von Le Pen in Frankreich. Deren hemmungslose rassistische Hetzpropaganda kam auf der Grundlage langjähriger Tradition solcher Politik (an der sich ja, je nach Konjunktur in der Vergangenheit auch Teile der PCF immer wieder beteiligten) im heutigen Klima und der Tatsache, daß die Regierungsparteien ihre Anhänger nur teilweise mobilisieren konnten, voll zum Tragen.

Daß auch viele derjenigen, die wählten nicht der Meinung waren, daß hier über Macht entschieden werde und so mehr geneigt waren, nach eigentlicher Sympathie zu wählen, das zeigt auch der hohe Stimmenanteil der kleineren Parteien in der BRD, unter denen die revisionistisch-reformistisch geführte Friedensliste die stärkste wurde. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2).



Boehringer-Schließung?

Dioxin-Produktion gestoppt

Alle chemischen Prozesse, bei denen Dioxin anfällt, müssen mit sofortiger Wirkung gestoppt werden. Das beschloß am Montag das Hamburger Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren. Damit ist, durch den massiven Protest über lange Zeit hinweg und immer neue Enthüllungen gerade in der letzten Zeit zum ersten Mal aufgrund politischen Drucks aus der Bevölkerung eine solche kapitalistische Giftküche von der Schließung bedroht.

Zu erwarten ist nun, daß von Boehringer-Seite aus alle Register gezogen werden: Wissenschaftliche Untersuchungen eigener Leute angeführt, Beziehungen zum Senat ausgespielt, die Propaganda vom drohenden Arbeitsplatzverlust voll ausgespielt werden.



Darunter soll die Tatsache, daß es sich keinesfalls um einen „Unfall" handelt, sondern daß Boehringer jahrelang bewußt den Dioxin-Anfall „in Kauf genommen" hat, verschwinden. Im Zuge der bisherigen Untersuchungen war bereits an verschiedenen Stellen deutlich geworden, wieviel Betrug hier im Spiel war. So, wenn entsprechende Untersuchungen von der Gesundheitsbehörde ausgerechnet an Boehringer-Chemiker vergeben wurden, so wenn man einmal auf die diversen Spendensammelvereine der Parteien schaut, auf deren Konten reichlich Boehringer-Geld floß.

Der politische Druck der Öffentlichkeit, zu dessen Sprecher sich die GAL-Fraktion in der Bürgerschaft gemacht hat, hat dafür gesorgt, daß dem langjährigen „Abwägen" (zwischen Profit und Gefährdung) ein Ende gesetzt wurde, zumindest: gesetzt werden kann.

Die weitere Entwicklung, sowohl was die Gegenmaßnahmen von Boehringer betrifft, als auch was die Haltung der Parteien, in erster Linie SPD und CDU betrifft, wird zeigen, ob der bisherige Druck dazu ausreicht, wirklich durchgreifende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit zu ergreifen, die selbstverständlich sich hauptsächlich in strengsten Auflagen für die Chemiekonzerne ausdrücken müssen.

Nach 100 Tagen Streik der britischen Bergarbeiter

Erneutes Todesopfer

Der zweite tote britische Bergarbeiter während dieses Streiks — das ist die traurige Bilanz der Attacken von Reaktion und Streikbrechern nach nunmehr über 100 Tagen Streik. Ein Privat-LKW, der Kohle abtransportieren sollte, verletzte einen Streikposten tödlich. Nur zwei Tage später kam es in Sheffield zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen Polizei und Bergarbeitern, bei der Dutzende Bergarbeiter festgenommen wurden, zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten zu vermelden waren.

Je mehr deutlich wurde, daß die ursprüngliche Taktik und Propaganda der Regierung und des Managements des National Coal Board (NCB), die darauf abzielte, die britische Bergarbeitergewerkschaft (NUM) zu isolieren zum Scheitern verurteilt war, desto heftiger wurden andererseits die gewalttätigen Polizeiüberfälle auf die streikenden Bergarbeiter. Der massive Einsatz berittener Polizei in Orgreave (siehe unseren Bericht auf Seite 10) hatte nun dazu geführt, daß die Streikenden in Sheffield besser vorbereitet waren.

Dabei wird immer deutlicher, daß der Streik Wirkung zeigt: Der Ton der Londoner Verlautbarungen ist nicht nur moderater geworden, sondern es wurde auch wie von der Gewerkschaft gefordert, Verhandlungen ohne den Topmanager des NCB zugestimmt. Die Solidarität anderer Gewerkschaften, von Beginn an viel größer, als die bürgerliche Propaganda glauben machen wollte, hat sich weiter verstärkt.

Die absolut keine Solidarität zeigen, daß sind die Führer der IGBE. Ein Adolf Schmidt verstieg sich sogar soweit, den zur gleichen Zeit wie die britische Polizeiüberfall laufenden Kongreß europäischer Bergarbeitergewerkschaften als Tribüne für eine Hetzkampagne gegen die britische Bergarbeitergewerkschaft zu nutzen — daß so ein Typ auch direkten Streikbruch zuläßt, vermag wenig zu wundern...

Klares Nein zur Stationierung

58 Prozent der Wähler in ca. 18000 Wahllokalen für die Europa-Wahl am 17. Juni beteiligten sich an der Volksbefragung der Friedensbewegung. Das sind ungefähr 5 Mio. Menschen. 87 Prozent davon sprachen sich für den Stopp der Stationierung und für den Abbau der bereits stationierten US-Atomraketen aus.

Das ist ein eindeutiger Erfolg für die Friedensbewegung. Ein Erfolg, der sicher hätte noch größer sein können, wenn alle politischen Kräfte in der Friedensbewegung diese Aktion wirklich tatkräftig unterstützt hätten — gemeint sind vor allem die Grünen und die SPD.

Aber auch so ist das Ergebnis beeindruckend, wenn man bedenkt, wie durch Diffamierung einerseits und Totschweigen in den Medien andererseits versucht wurde, der Volksbefragung das Wasser abzugraben; wie außerdem auch ganz konkret die Durchführung der Volksbefragung mit Hilfe der Bürokratie behindert wurde.

Das Ergebnis der Volksbefragung ist eindeutig. Es ist der Regierung nicht, wie beabsichtigt, gelungen, die Bevölkerung an die Raketen zu gewöhnen. Auch heute, 7 Monate nach dem Stationierungsbeschluß im Bundestag ist durch die Volksbefragung völlig klar erwiesen: die Stationierungspolitiker in Bonn befinden sich im Gegensatz zum Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Wenn diese Regierung auch nur das geringste Interesse an Demokratie hätte, müßte der Stationierungsbeschluß sofort widerrufen werden! Aber die Regierung hat dieses Interesse nicht, das hat sich bereits im letzten November gezeigt. Sie wird sich auch in Zukunft nicht dem Wählerwillen, sondern allein dem Druck der Öffentlichkeit beugen.

Grüne im Bundestag

Aussperrung verbieten

Am 19.6. haben die Grünen im Bundestag einen Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung eingebracht. Gesetzlich verboten werden soll nicht nur die „normale" Aussperrung, sondern auch die „kalte" Aussperrung.

Eine klare gesetzliche Regelung gegen die Aussperrung ist schon lange überfällig. Sie wird in zahlreichen gewerkschaftlichen Resolutionen gefordert. Die IG Druck und Papier hat vor einiger Zeit das gesetzliche Verbot der Aussperrung in einer Unterschriftensammlung gefordert.

Die SPD-Fraktion hat diese gewerkschaftliche Forderung bisher nicht aufgegriffen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die Grünen das jetzt getan haben. Wir halten es für wichtig, daß dieser Gesetzentwurf in den Gewerkschaften und in der demokratischen Öffentlichkeit bekannt wird und diskutiert wird. Denn hier ist eine konkrete Möglichkeit, etwas für das gesetzliche Verbot der Aussperrung zu tun. Nutzen wir sie.

Kassen müssen weiter zahlen

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage von Ursula Zöller, Redakteurin der katholischen Bildpost und eines entsprechenden Beschlusses des Sozialgerichts Dortmund nicht zur Hauptverhandlung zugelassen.

Frau Zöller hatte dagegen geklagt, daß seit der Reform des § 218 Schwangerschaftsabbrüche von den Krankenkassen bezahlt werden. Sie hatte ihre Klage vor allem damit begründet, daß sie als Gegnerin von Abtreibung so gezwungen werde, über ihren Beitrag Abtreibungen mitzufinanzieren. Außerdem — so Frau Zöller — sei Abtreibung schließlich keine Krankheit.

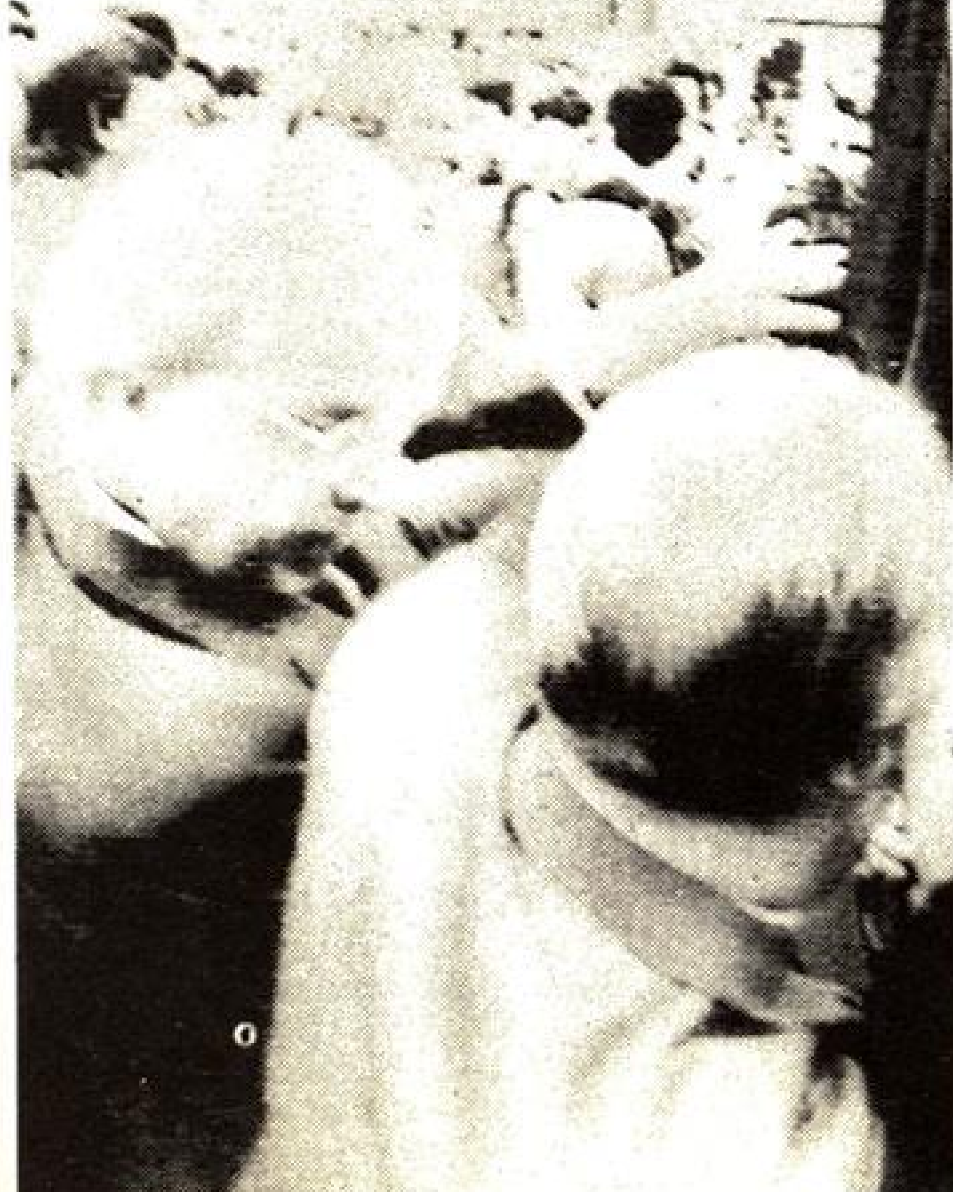
Das Bundesverfassungsgericht wies die Klage vor allem deshalb ab, weil Frau Zöller durch die geltende Regelung in ihren Rechten als Kassenmitglied nicht beeinträchtigt sei.

Natürlich bleibt abzuwarten, wie das BVG seine Entscheidung genau begründet hat. In jedem Fall aber haben sich durch diese Entscheidungen die Bedingungen der Frauenbewegung, eine Verschlechterung der geltenden Regelung zu verhindern, verbessert.

Zahlreiche Proteste gegen Regierungspolitiker im EG-Wahlkampf

„In Schwäbisch Gmünd ist unser Motto, fahr gleich nach Haus, Schmiergeld-Otto"

Bereits in den vergangenen Wochen war über zahlreiche Protestaktionen gegen Regierungspolitiker im Verlauf des EG-Wahlkampfes zu berichten. Aktionen in Schwäbisch Gmünd, Nürnberg und Frankfurt, die sich gegen Kohl und Lambsdorff richteten „beschlossen" diese Wahlkampagne an deren Ende nicht nur von Wahlbeteiligung und Stimmenzahl für die Regierungsparteien eine Niederlage stand, sondern auch, was den Verlauf des Wahleinsatzes der „Bonner" überhaupt betrifft.



Beim Kanzler-Auftritt in Frankfurt gab es neben den üblichen, massiven Protesten vor allen Dingen den ersten Treffer zu vermelden. Ein Ei flog auf die Birne, kam danach ein Gesang auf...

Auch in Nürnberg wurde der Kanzler mit Eiern und Tomaten begrüßt. Zwar waren die Mobilisierungen in diesen Städten nicht so bedeutend wie kürzlich in Hamburg oder die der kleinen Bauern, aber im Zentrum des Protestes standen, wie auch bei Lambsdorffs Auftritt in der schwäbischen Provinz, die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Wunschregierung des Großkapitals.

Je mehr sie sich mit solchen großen und teilweise massiven Protesten konfrontiert sahen, desto mehr verloren die feinen Bonner Herren die Fasson. Hatte Kohl schon protestierende Bauern als „dumm" bezeichnet, so tobte der Graf von Flicks Gnaden geradezu los, als er sich mit einem — kleinen — Teil der öffentlichen Reaktion auf sein für Flick und Co. so segensreiches Wirken konfrontiert sah. „Nieder mit dem Pöbel auf den Straßen", rief er am Ende seiner Rede aus, während der er angeblich nicht um neue Spenden gebeten haben soll. Solange die CDU an der Regierung sei, werde es keine Herrschaft des Straßenmobs geben, so lautete derselbe Satz beim Bundeskanzler.

Was sie offensichtlich aus der Fassung bringt ist, daß Leute, gegen die sie einen ganz massiven Raubzug organisieren, sich zur Wehr setzen. Und auf der Straße nützt ihnen natürlich ihre Parlamentsmehrheit, mit der sie in Bonn jede Schweinerei durchziehen können, nichts, und da werden sie eben sehr hektisch und gehen mal so richtig aus sich raus, was sie denn von Protesten halten — auch von solchen, wo sie nicht mal auch ein Ei trifft.

Die Sprache, die sie dabei benutzen ist Vernichtungssprache. Pöbel, Mob, Terroristen, dunkle Gestalten — all dies sind Originalzitate Bonner Regierungspolitiker. Ähnlich auch bei den Protesten gegen Carstens bei der Eröffnung der Kieler Woche.

Das, was ein Geißler ständig vormacht, das machen die anderen, außerhalb ihres „hohen Hauses" nach.

Der gesamte Umfang der Proteste hat ohne Zweifel dazu beigetragen, öffentlich zu unterstreichen, daß die Gegnerschaft gegen diese Regierung wächst, und das ist nur zu begrüßen.

Dumm seien alle die, die da nicht gewählt haben. Mehr oder minder deutlich brachten das nahezu alle Sprecher des Fernsehabends nach der Europawahl zum Ausdruck, Politiker und — erst recht — Journalisten. „Fortschrittsfeindlich", „desinteressiert", „antieuropäisch" — serienweise wurde da mit Negativbewertungen Stimmung gemacht.

Die Wahlbeteiligung ist gesunken, auch im letztmaligen Musterland BRD, um runde 10 Prozent. In Dänemark wurde die Anti-EG-Liste zur stärksten Einzelpartei. Auch Teile der Stimmen für die britische Labour-Partei und für einige Grüne wurden als „Anti-EG" und — abgesehen vom Wahlkampf dieser Organisationen — auch sicher nicht ganz zu Unrecht, bewertet.

Die erste Schlußfolgerung, die daraus gezogen wurde war, daß man eben dafür sorgen müsse, daß dieses europäische Parlament mehr Befugnisse bekomme, wichtiger werde, dann werde es auch wichtiger genommen. Eine Schlußfolgerung, die wohl nicht zufällig hauptsächlich in der BRD gezogen wurde, aber auch in Frankreich, den Niederlanden und Italien.

Sinkende Wahlbeteiligung:

Das ist natürlich die Stoßrichtung, in der in erster Linie die westdeutschen Kapitalisten und ihre Bonner Interessenvertretung arbeiten und die Sache lenken wollen. Eine europäische Regierung, die die „enge Nationalstaaterei" überwinde (und es so westdeutschem Kapital ermöglicht, ganz anders auf „ungeliebte" Regierungen wie beispielsweise die Griechenlands einzuwirken) darauf sind sie als Ziel ausgerichtet. Das war auch noch mal aus Anlaß der „Feiern" zum 17. Juni deutlich unterstrichen worden, wenn alle Bonner Politiker, außer den Grünen betonten, der Weg zur sogenannten Wiedervereinigung sei nur über Europa („so oder so" wie es ein Herr Windelen ausdrücklich sagte) möglich.

Je länger der Abend, desto heftiger auch das wütende Geschimpfe der etablierten Journaille über die Dänen und ihre Art zu wählen, einfach gegen die EG zu stimmen.

Das zumindest blieb ihnen in der Bundesrepublik erspart, daß ein ausdrücklicher Anti-EG-Wahlkampf geführt worden wäre. Denn davon waren auch die Grünen, trotz gegenteiliger Beteuerungen Trampers im Fernsehen, meilenweit entfernt. Das ihr faktischer Wahlsieg die Kohl, Brandt und Genscher geärgert hat, war leicht festzustellen. Daß ein Teil der Stimmen für die Grünen auch aus Anti-EG-Motiven heraus abgegeben wurde, darf zu Recht unterstellt werden. Aber ein Anti-EG-Wahlkampf war es eben dennoch nicht, den die Grünen geführt haben. Ebensowenig wie die Friedensliste dazu ein Yota beigetragen hätte.

Publikumsbeschimpfung

Die erfreuliche erneute Wahlniederlage der FDP war insofern zu erwarten, als vorher deutlich geworden war, daß es darum gehen werde, ob sie knapp über oder knapp unter den 5 Prozent liegen würde. Ob sie es nun geschafft hat, bei der geringen Wahlbeteiligung ihr Wählerpotential stärker zu mobilisieren als andere Parteien und auf diese Weise sogar noch mehr Stimmen bekam, als sie es bei einer inländischen Wahl getan hätte oder umgekehrt, wird sich erst noch erweisen müssen. Die Ergebnisse bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen lassen darauf schließen, daß eher das erstere der Fall war.

Im Endergebnis war die Wahlniederlage für die Regierungsparteien so deutlich, daß weder Kohl noch der ewige Sieger Genscher sie allzu groß hätten beschönigen können. Zusammen gaben sie im Vergleich zur ersten Europawahl rund 4,5 Prozent der Stimmen ab.

Die SPD, die als einzelne Partei die größten Verluste zu verzeichnen hatte (worauf Genscher stets krampfhaft hinwies, obwohl er sicher gerne mit ihr getauscht hätte), tat dies wohl aus zwei Gründen. Im bürgerlichen Lager wurde ihr mit Sicherheit ihre Unterstützung (ohne jetzt darauf einzugehen, wie es damit wirklich aussieht) für die gewerkschaftliche Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung verübelt. Im Bereich der Jugendlichen und der Linken wurde ihr mit Sicherheit zu größeren Teilen das genaue Gegenteil verübelt, ihre weiterhin „rechte" Politik, so daß sowohl Grüne (in erster Linie) als auch kleinere Parteien als „Protestpotential" übrig blieben.

Die oben angedeutete Schlußfolgerung „mehr Rechte fürs EG-Parlament" wird mit ziemlicher Sicherheit eine der Konsequenzen sein, die das Kapital und seine Politiker in der BRD aus dem Ergebnis dieser Wahl ziehen werden.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Wir können gewinnen

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche befindet sich in einer Situation, in der die Kommentatoren bei der Fußballeuropameisterschaft gewöhnlich sagen: die Partie hängt durch. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungsrunden ist unklar, was die IG Metall sich von dem eingeleiteten Schlichtungsverfahren verspricht. Die Ausweitung der Aussperrung durch die Unternehmer berechtigt kaum zu der Annahme, daß diese innerhalb von fünf Werktagen auf die Linie einer generellen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit einschwenken.

Natürlich befürchtet der zurecht argwöhnische Gewerkschaftslinke vor allem das Einschwenken der IG Metall auf die Unternehmerschiene. Die aggressive Sturheit, mit der der Hauptvorstand der IG Metall allen Bestrebungen, die auf eine Ausweitung des Streiks zu einem echten Durchsetzungskampf abzielen, entgegentritt, gibt dem reichlich Nahrung.

Andererseits: die entsprechenden Signale sind noch nicht auszumachen. Die Tarifkommission Nordwürttemberg/Nordbaden hat, nachdem die sich überschlagenden „Kompromißangebote" der Verhandlungsdelegation die Szene vorübergehend zu chaotisieren drohten, mit dem Festklopfen der Forderung nach einer generellen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die Lage wieder einigermaßen stabilisiert. In der sogenannten Mitgliederbefragung wurde auf den Streikversammlungen dafür mobilisiert. Auch wenn man schon manche oberfaulen Kompromisse quasi über Nacht aufs Auge gedrückt bekommen hat: ein Einschwenken auf die Linie des Unternehmerangebots innerhalb weniger Tage werden sich auch diejenigen in der Führung der IG Metall kaum trauen, die sich eigentlich nichts mehr wünschen, als daß dieser Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nie begonnen hätte.

Natürlich gibt es andere denkbare Kompromißlinien: das im bürgerlichen Blätterwald — und teilweise auch von der Gewerkschaftspresse — vielgepriesene holländische Modell, also der Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit um 26 halbe Freischichten, was einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38 Stunden entspräche. Man erinnert sich, daß der Stahlarbeiterstreik 78/79 bei Nacht und Nebel mit einem Freischichtenmodell abgewürgt wurde. Man erinnert sich aber auch — sicher auch in Frankfurt — daran, zu welchen Erschütterungen dieses Vorgehen damals in der IG Metall selbst geführt hat. Die Vertrauensleutekörper nahezu aller großen Stahlbetriebe gingen auf die Barrikaden, protestierten nicht nur gegen den Abschluß, sondern forderten auch personelle Konsequenzen, am häufigsten die Ablösung des damaligen IGM-Bezirksleiters in NRW, Kurt Herb, aber einige Entschliessungen wollten auch am Stuhl Eugen Loderers die Axt anlegen.

Man kann lange über denkbare Kompromißlinien grübeln und auch fündig dabei werden. Aber die Führung der IG Metall hat Kompromißbereitschaft bisher nur in die Richtung signalisiert, daß man sich auch mit einem sehr kleinen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zufrieden geben will und dafür mit erheblichen Reallohneinbußen zahlen will. Und auf diese Kompromißangebote haben die Unternehmer bislang mit bemerkenswerter Schroffheit ablehnend reagiert. Ein Abgehen von der Forderung, daß die wöchentliche Arbeitszeit auf unter 40 Stunden verkürzt werden soll, ist seitens der IG Metall politisch bislang nicht vorbereitet. Allerdings hat Franz Steinkühler am Dienstag eine „durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38 Stunden" als denkbaren Kompromiß ins Spiel gebracht, was faktisch auf ein Freischichtenmodell hinauslaufen würde. Die vier Tarifkommissionen des Nordverbundes haben gefordert, daß auch im Schlichtungsverfahren von der Forderung der 35-Stunden-Woche nicht abgerückt werden soll. Die Kölner Funktionärsversammlung der IG Metall hat für die Tarifbezirke von NRW die Einleitung der Urabstimmung gefordert. Die Bochumer Vertreterversammlung forderte einstimmig eine entscheidende Verstärkung des Kampfes.

Bei dieser Lage der Dinge scheint das Eingehen des Hauptvorstandes der IG Metall auf den Vorschlag der Unternehmer, das Schlichtungsverfahren einzuleiten, seine Bedeutung nicht zuletzt darin zu haben, daß es dadurch dem Hauptvorstand erspart blieb, sich zur eigentlichen Frage zu äußern: Schlichtung hin, Schlichtung her — wie soll es im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich weitergehen?

Die Streikfront steht, aber sie bewegt sich nicht. Der Umfang der Kampfmaßnahmen reicht offensichtlich nicht aus, um den Sieg über die Unternehmer davonzutragen. Wenn die Schlichtung nicht zur Beendigung des Arbeitskampfes führt, scheint folgendes denkbar: Der Hauptvorstand kommt zu der Auffassung, er könne die gesamte Auseinandersetzung im Rahmen der bisherigen Streikmaßnahmen in Baden-Württemberg und Hessen aussitzen und dennoch zu einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche kommen. Ganz ausgeschlossen scheint das aufgrund von Schwachstellen in der Position des Unternehmerlagers, auf die wir noch zurückkommen werden, nicht. Klar aber ist, daß ein so zustandegekommener Abschluß weit unter dem liegen würde, was bei der vollen Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durchsetzbar wäre. Zudem kann man zwar derzeit davon ausgehen, daß die Streikfront steht, und noch einige Zeit problemlos stehen wird. Wie es sich aber auf längere Sicht auf die im Streik befindlichen Belegschaften auswirken wird, wenn sie im Streik allein gelassen werden, ist schwer zu sagen. Diese Variante birgt also das Risiko, daß die Streikfront ins Bröckeln gerät, wenn es den Unternehmern gelingt, ihre Verweigerungsfront noch lange aufrechtzuerhalten.

Eine andere denkbare Variante: es wird ein tarifloser Zustand angesteuert, um im Herbst eventuell gemeinsam mit der ÖTV einen zweiten Anlauf zu starten. Das Risiko eines solchen tariflosen Zustands aber ist hoch. Die Unternehmer könnten betrieblich versuchen, die geltenden Tarifvertragsbedingungen zu durchbrechen, um so für die neue Auseinandersetzung im Herbst eine veränderte Ausgangslage zu schaffen. Außerdem läßt sich ein Streik nicht an- und ausschalten wie eine Lampe. Wenn die Opfer, die die Kollegen bisher schon im Kampf gebracht haben, so verplempert werden, ist fraglich, welche Mobilisierung im Herbst noch erreicht werden kann.

Deshalb gibt es nur einen Weg, den kampf erfolgreich zu beenden: durch die Ausweitung des Streikkampfes zum wirklichen Durchsetzungskampf muß jetzt die Entscheidung gesucht werden. Das aber ist genau die Variante, die gegenwärtig vom Frankfurter Hauptvorstand noch wütend bekämpft wird. ‚Bekämpft' ist dabei durchaus das richtige Wort; denn gerade von höheren Funktionären werden diejenigen, die für eine Ausweitung des Streikkampfes eintreten, in ausgesprochen diffamierender Weise in die Ecke von Leuten gestellt, die der Unternehmerstrategie in die Hände arbeiten.

Die dabei angewendete Argumentation ist bekannt: die Unternehmer würden auf jede Ausweitung des Streiks mit der Ausweitung der Aussperrung antworten. Das wäre der Versuch, die Gewerkschaften finanziell auszubluten. Sicher ist das die Absicht der Unternehmer. Diese Unternehmerstrategie aber stellt eben die IG Metall vor die Alternative „kapitulieren oder kämpfen?". Die Unternehmer weiten die Aussperrung aus, über die kalte Aussperrung haben sie sie ohnehin bereits über alle Maßen ausgeweitet. Sie begründen das öffentlich damit, sie wollten den Arbeitskampf abkürzen. Sie spekulieren also gerade darauf, die IG Metall werde mit ansteigender Belastung für die Streikkasse den Arbeitskampf aufgeben.

Wer arbeitet also der Unternehmerstrategie in die Hände? Der Anti-Streik-Terror der Unternehmer kann nur gestoppt werden, wenn die Unternehmer erkennen, daß die IG Metall rückhaltlos ihr ganzes Gewicht in die Waagschale wirft, um den Kampf für sich zu entscheiden. Dann und nur dann wird für die Unternehmer das wirtschaftliche und politische Risiko dieses Arbeitskampfes unkalkulierbar groß.

Das Argument des „finanziellen Ausblutens" muß dagegen relativiert werden. Diese Auseinandersetzung bedeutet eine Weichenstellung für die nächsten Jahre. Das rechtfertigt den vollen Einsatz der Finanzkraft der IG Metall und auch des DGB. Die IG Metall kann einen Durchsetzungsstreik sehr wohl durchstehen. Selbst wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten käme, kann sie sich — das zeigt das Beispiel der kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen — in hohem Maße auf die Opferbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen stützen.

Wir wissen, daß diese Erwägung nicht leichtfertig ins Spiel gebracht werden darf. Tatsächlich ist der Zeitpunkt, an dem sie akut wird, noch nicht erreicht. Aber wir sagen auch: eine Gewerkschaft, die Streikfähigkeit mit Finanzkraft gleichsetzt, wird auf Dauer unter Krisenbedingungen den Angriffen der Unternehmer und der politischen Reaktion nicht standhalten können. Die Stärke einer Gewerkschaft ist die Solidarität und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder. Sie können die Unternehmer nicht ausbluten. Sie kann aber demoralisiert werden durch eine Führung, die den Kampfeswillen der Belegschaften ständig die angebliche Übermacht des Gegners entgegenhält.

Das Argument des „finanziellen Ausblutens", wenn es gebraucht wird, um den Kampfeswillen der Arbeiter einzuschüchtern, zersetzt auf Dauer das Vertrauen in die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Der Schaden, der dabei entsteht, kann weit größer sein als der, den eine leere Streikkasse bedeutet.

Die Unternehmer sind in dieser Auseinandersetzung keineswegs übermächtig. Ihre Regierung, die sie so offen als Kampftruppe gegen die Gewerkschaften ins Feld geführt haben, ist politisch angeschlagen. Ihre Spekulation, daß es die IG Metall und die IG Druck & Papier an der Zustimmung der Basis zum Arbeitskampf mangeln wird, ist geplatzt. Ihre Spekulation, daß sie die kalt Ausgesperrten als Geiseln gegen die Gewerkschaften einsetzen könnten, daß sie die Empörung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen gegen die IG Metall mobilisieren könnten, ist fehlgeschlagen. Im eigenen Lager werden die ersten Risse und unterschiedlichen Interessenlagen deutlich. Wir können gewinnen. Aber dann muß jetzt der Kampf entscheidend verstärkt werden.



Trafo-Union/Cannstatt muß bleiben

Der Siemens-Konzern will Ende 1985 das Trafo-Union-Werk/Cannstatt schließen. 1050 Kolleginnen sind vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. Begründung für die geplante Werksstillegung: die Länder der dritten Welt können die dringend benötigten Transformatoren nicht mehr bezahlen, in der Bundesrepublik sei der Markt aber gesättigt. Makaber: rund 60000 kleinere Trafos sind in der Bundesrepublik mit dem Seveso-Gift Dioxin gefüllt. Sie sind eine lebensgefährliche Zeitbombe und müßten schnellstens ausgewechselt werden. Angeblich soll das wegen „Kapazitätsengpässen" kurzfristig nicht möglich sein.

Einstweilige Verfügung gegen Christoph Gärtner

Maulkorb für gekündigten Gewerkschafter

Am 15. Februar war Christoph Gärtner, Mitglied der MLPD, von der Geschäftsleitung des Rems-Werks in Waiblingen gekündigt worden (der RM berichtete). Das Arbeitsgerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Aber bis es so weit ist, soll Christoph Gärtner nicht mehr darüber informieren dürfen, warum er gekündigt wurde. Denn die Geschäftsleitung des Rems-Werks hat jetzt eine Einstweilige Verfügung erwirkt, die ihm das bei Androhung von 1000 Mark Ordnungsgeld verbietet.

Er darf z. B. nicht mehr sagen, daß er wegen seines gewerkschaftlichen Engagements für die 35-Stunden-Woche, gegen die Überstunden und gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen schikaniert worden sei. Und das, obwohl er mehrmals in der Woche zur Geschäftsleitung zitiert und dort u.a. mit Kündigung bedroht wurde.

Er darf auch nicht mehr sagen, daß es eine Zeitplan der Geschäftsleitung für seinen Rausschmiß gegeben habe, um seine Wahl zum Betriebsrat zu verhindern. Das, obwohl es schriftliche Beweise dafür gibt, daß die Geschäftsleitung am 6.2. eine „schnellstmögliche Lösung" forderte — am 22. März sollten die Betriebsratswahlen stattfinden — und der Wahlaushang dann nicht, wie es der gesetzlichen Vorschrift entsprochen hätte, am 9.2. draußen war, sondern erst 11 Tage später — nach der Entlassung von Christoph Gärtner.

Das Solidaritätskomitee mit Christoph Gärtner hat diese skandalöse gerichtliche Entscheidung sofort an die Öffentlichkeit gebracht und zum Protest gegen dieses Maulkorburteil aufgerufen. (Kontaktadresse des Solidaritätskomitees: Ernst von der Heyden, 7050 Waiblingen, am Kätzenbach 117)

Bezirkskonferenz Hamburg der IGM

Ausschluß von Blüm gefordert

Bei der großen Gewerkschaftsdemonstration in Bonn hatten Tausende in Sprechchören gefordert „ausschließen, ausschließen". Jetzt forderte die Bezirkskonferenz der IG Metall in Hamburg, Norbert Blüm aus der IGM auszuschließen. Der Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, lautete:

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, Herrn Minister Norbert Blüm wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus der IG Metall auszuschließen.

Die Rolle, die Minister Blüm in dieser Tarifrunde spielt, zielt auf eine Vernichtung der IG Metall.

Sie ist im höchsten Maße gewerkschaftsfeindlich."

Die Antragsprüfungskommission hatte versucht, einen Antrag auf Ausschluß Norbert Blüms abzubiegen, indem sie vorschlug, eine Formulierung zu verabschieden, die lautete: „Die Delegierten fordern Norbert Blüm auf, an seinem Verhalten die Konsequenz zu ziehen und aus der IG Metall auszutreten." Die Delegierten ließen sich darauf in ihrer Mehrheit aber nicht ein.

ÖTV-Kongreß

Vorrang für 35

Der Gewerkschaftstag der ÖTV, der am vergangenen Montag im München begann, hat beschlossen, daß die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich in der diesjährigen Tarifrunde Vorrang habe.

Wie die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies erklärte, komme es eben auch darauf an, die von der Bundesregierung geplante Nullrunde im öffentlichen Dienst zu durchbrechen. Monika Wulf-Mathies, die sich in ihrer Eröffnungsrede auch gezwungen sah, zu der starken Kritik daran, daß die ÖTV-Führung in der letztjährigen Tarifrunde den Streik nicht gewagt hatte, Stellung zu nehmen, sagte im Hinblick auf die kommende Tarifbewegung, die ÖTV sei sich bewußt, daß ihre Ziele nach den bisherigen Verhalten der Arbeitgeber ohne einen Arbeitskampf nicht durchzusetzen sind.

Was sie dann aber im Verlauf des Kongresses in arbeitskampftaktischen Überlegungen vortrug, klang allerdings schon weniger danach, daß der ÖTV-Führung die Notwendigkeit eines harten Durchsetzungskampfes bewußt ist. Monika Wulf-Mathies lobte die Streiktaktik der IG Druck & Papier als eine „sehr wirkungsvolle Streikform". Diese Streiktaktik faßte sie so zusammen: „nämlich kurz aufflackern, wieder weg, kurz aufflackern, wieder weg".

Nun mag man ja unter den besonderen Bedingungen der Druckindustrie für die dort eingesetzte Kampftaktik Verständnis aufbringen, für den öffentlichen Dienst aber müßte es wohl doch etwas massiver und flächiger werden, wenn die ÖTV zum Erfolg kommen will. Wie es scheint, müssen die Kolleginnen und Kollegen sehr aufpassen, daß das, was bei Monika Wulf-Mathies auf diesem Kongreß an Kampfbereitschaft aufflackerte, im Herbst nicht schon wieder weg ist.

Dennoch war dieser Kongreß der ÖTV kämpferisch und vom Kampf für die 35-Stunden-Woche geprägt. Das schlug sich nieder in einer Solidaritätsresolution des Kongresses mit dem Kampf der Kolleginnen und Kollegen in der Metall- und Druckindustrie.

Ein Höhepunkt des Kongresses war zweifellos der Auftritt von Norbert Blüm auf dem Kongreß. Schon als Monika Wulf-Mathies ihn in ihrer Eröffnungsrede begrüßte, quittierte der Saal das mit einem lauten Pfeifkonzert. Das sensible „Handelsblatt" registrierte eine „Welle des Unmuts, ja offener Feindseligkeit". Als Blüm dann zum Rednerpult schritt, verließen rund 200 der knapp 1500 Kongreßteilnehmer den Saal. Blüms Rede wurde mehrfach von Pfiffen, Buh-Rufen unterbrochen bzw. wurde er zum Aufhören ermuntert. Jedenfalls war Blüms Rede über weite Strecken nicht zu verstehen, was von den Delegierten offensichtlich nicht als besonderer Verlust betrachtet wurde.



Bremen:
Arbeitsamt muß zahlen

Das Bremer Arbeitsamt muß den über 5000 kalt ausgesperrten Arbeitern von Daimler-Benz unverzüglich Kurzarbeitergeld zahlen. Dies hat das Sozialgericht Bremen am Freitag in einer einstweiligen Verfügung gegen die Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Der Spruch der Bremer Richter geht damit noch über das Urteil des Frankfurter Sozialgerichts hinaus, das zwar den Erlaß der Bundesanstalt, kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, ausgesetzt, aber den Antrag der IG Metall auf sofortige Zahlung abgelehnt hatte.

Noch ein Urteil:

In der letzten Woche ordnete das höchste Arbeitsgericht der Hansestadt Bremen für die dort ansässige Firma Bremer Werkzeug- und Maschinenbau eine einstweilige Verfügung an. Die Kurzarbeit von 120 Metallern muß sofort eingestellt werden. Bei Zuwiderhandlung wird ein Ordnungsgeld von 20000 DM pro Tag fällig. Dieser Richterspruch gilt bis zur Entscheidung einer Einigungsstelle. Daß die Kollegen gegen den Willen der Geschäftsleitung jetzt weiterarbeiten dürfen, ist dem hartnäckigen Einsatz des BMW-Betriebsrates zu verdanken, der einen angeblichen Arbeitsmangel durch Streik in anderen Bereichen nicht anerkennen wollte.



Aussperrung ausgeweitet





Ab Montag und Mittwoch dieser Woche weiten die Unternehmer in Baden-Württemberg und Hessen die Aussperrung auf alle Betriebe mit über 1000köpfiger Belegschaft aus. Dagegen hat es in zahlreichen Betrieben auf Initiative der Belegschaften und der Vertrauensleute der IGM Aktionen gegeben.

Bei SEL in Stuttgart trat die Belegschaft am Freitag in den Streik, zu Recht davon ausgehend, daß es unsinnig ist, wenn man ausgesperrt wird, sich dafür auch noch zu bedanken, indem man bis zu letzten Minute arbeitet, daß es stattdessen darauf ankommt, Kampfbereitschaft zu zeigen.

Bei Läpple in Heilbronn war das noch krasser: Samstag sollten eben noch mal 200 Überstunden gefahren werden. Die IGM rief dazu auf, diese zu verhindern, was durch eine dreistündige Postenkette am vergangenen Samstag auch erreicht wurde (siehe Bilder). Auch in verschiedenen anderen Betrieben kam es zu solchen kurzfristigen Kampfmaßnahmen gegen den verschärften Aussperrungsterror der Kapitalisten. Dabei wurde vielfach erneut die Forderung, nun von Gewerkschaftsseite den Streik ebenfalls auszuweiten, erhoben.

Ausgesperrte lassen sich nicht kleinkriegen!

Manch einer hatte mit Schaudern daran gedacht, was wohl passieren wird, wenn Zehntausende wochenlang ausgesperrt sind, kalt ausgesperrt, ohne Geld. 90000 Leute in den beiden Streikgebieten sind das. Für die Kapitalisten war es der Versuch, diese Belegschaften als Geisel zu nehmen, um den Streik durch Aushungern zu brechen. Damit sind sie gescheitert! Seit Wochen harren diese Kolleginnen und Kollegen aus, lassen sich keineswegs gegen die Streikenden ausspielen, verweigern sich der kriminellen Unternehmertaktik. Das ist Arbeitersolidarität! In diesem Sinne: Ein Hoch auf die Ausgesperrten!



Die Sängerin Helga Mangold, die angeschossen wurde und neben ihr der Bevollmächtigte der IGM, Alfred Fischer, dem die Kugel wohl galt.

Schüsse auf IG-Metall-Kundgebung

Auf einer Kundgebung der IG Metall in Heidelberg am Freitag, den 15.6. wurde die Liedermacherin Helga Mangold vor den Augen der 3000 Kundgebungsteilnehmer von einer Kugel aus einem Luftgewehr in den Oberschenkel getroffen. Als die Veranstaltung fortgesetzt wurde, erklärte einer der Redner, daß die allgemeine Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften zu Aktionen wie diesem Attentatsversuch führe.

Nach Ansicht des 1. Bevollmächtigten der IGM Heidelberg, Alfred Fischer, galt der Anschlag wahrscheinlich ihm. Er hatte in der letzten Zeit mehrfach Morddrohungen erhalten.

In Essen bei der Springer-Druckerei in Essen-Kettwig wurde am Samstag abend erneut ein Streikposten niedergefahren: Der 51-jährige Streikposten wurde 15 m weit auf der Motorhaube mitgeschleift und erlitt schwere Verletzungen.

Es kann keine Rede mehr davon sein, daß das Einzelfälle seien. Die massive Hetze gegen die Streikaktionen, das Gerede von „nationalen Unglück" von der „Zerstörung des Aufschwungs" vom „Ruin der deutschen Wirtschaft" fordert solchen Terror geradezu heraus. Auch die betroffenen Gewerkschaften sind gefordert, endlich etwas zu unternehmen.

Druckerstreiks verstärkt

In einer ganzen Anzahl von Druckbetrieben wird inzwischen seit längerer Zeit gestreikt, was dem Beschluß des IG-Drupa-Vorstands von Anfang Juni entspricht. Gleichzeitig läuft die Schlichtung mit dem „Vermittler" Biedenkopf, was bei vielen, vor allem auch in NRW, wo man ihn besser kennt, auf einiges Unverständnis stieß. Die jüngsten Streikmaßnahmen wurden auch wieder mehr auf Zeitungsbetriebe ausgedehnt, nachdem einige Zeit lang im wesentlichen nur Akzidenzdruckereien zum Streik gerufen waren.

Dabei sehen sich gerade die Druckereibeschäftigten in der Vielzahl von kleineren und Mittelbetrieben besonderen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt: Nicht nur der fortgesetzte Terror gegen Streikposten, sondern auch eine endlose Reihe von Prozessen und Entlassungsdrohungen begleiten diesen Kampf — wenn die Kapitalisten aber damit gerechnet hatten, daß sie so die Gewerkschafter zum Nachgeben zwingen könnten, haben sie sich getäuscht.

DGB-Bundesvorstand: Solidaritätsaktionen in 17 Städten

Der DGB-Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, daß am kommenden Dienstag, den 26. Juni, in 17 Städten Kundgebungen und Demonstrationen zur solidarischen Unterstützung des Kampfes der IG Metall und der IG Druck & Papier stattfinden. Wie der DGB-Vorsitzende Breit erklärte, seien Solidaritätsstreiks nicht geplant. Originalton Breit: „Man muß ja steigerungsfähig bleiben."

Klar: die beschlossenen Solidaritätsaktionen sind besser als nichts. Aber es drängt sich doch langsam die Frage auf, ob die „Steigerungsfähigkeit" des Kollegen Breit vielleicht nur in der Erfindung neuer Phrasen besteht. Auf der Bonner Demonstration hat Ernst Breit sich einen guten Auftritt mit der Ankündigung verschafft, der DGB werde auf die Ausweitung des Aussperrungsterrors der Unternehmer auch mit Solidaritätsstreiks antworten. Nun haben die Unternehmer die Aussperrungen ausgeweitet. Worauf wartet der Bundesvorstand des DGB eigentlich noch? Seine Solidarität wird fragwürdig, wenn nicht bald Beschlüsse für Solidaritätsstreiks gefaßt werden.

Ausgesperrtenversammlung in Bremen:
„Franke mal nur von Wasser und Brot ernähren ..."

Zur zweiten Mitgliederversammlung der IG Metall für kalt Ausgesperrte am Donnerstag, 14.6.84, wurde diesmal jedes Mitglied schriftlich eingeladen. Entsprechend war auch die Beteiligung. Rund 2000 Kollegen überwiegend von Daimler-Benz aber auch von Keiper Recaro, BWM und Klatte waren gekommen.

Gleich zu Beginn der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß am Schluß ein Marsch zum Arbeitsamt geplant ist. Im weiteren Verlauf wurden die Arbeitgeber wegen ihrer starren Haltung in der Tarifauseinandersetzung angegriffen und hervorgehoben, daß von Seiten der Gewerkschaft Kompromißangebote gemacht wurden.

Außerdem wurde eine Resolution verabschiedet. Diese Resolution forderte dazu auf, sofort Kurzarbeitergeld zu zahlen. Die Ankündigung, daß die Kosten für eine Weiterversicherung bei der Krankenkasse durch die IG Metall übernommen werden, wurde mit Genugtuung aufgenommen. In einem kämpferischen Redebeitrag forderte ein Kollege, daß man Franke mal nur mit Wasser und Brot ernähren sollte, dann wüßte dieser, wie es den kalt ausgesperrten Metallern jetzt ergeht. Ein weiterer Redner wies darauf hin, daß der Versammlung ein Antrag vorliegt. Mit diesem Antrag sollte es zwei Kollegen möglich gemacht werden, an der Versammlung teilzunehmen. Diesen beiden Daimler-Benz-Betriebsräten wurde auf Anweisung der Ortsverwaltung der Zugang verwehrt. Sie wurden vor Jahren aus der IG Metall ausgeschlossen. Außerdem wurde eine Entschließung verlesen, die sich kritisch mit dem Kompromißangebot des Vorstands auseinandersetzte.

An der Demonstration zum Arbeitsamt beteiligte sich der überwiegende Teil der Anwesenden. Auf dem Weg dorthin waren Sprechchöre zu hören: Domino, wir kommen!! Voran lief ein Kollege als Henker verkleidet. Auf einem Sandwich war zu lesen: Aussperrer sind die Henker von morgen! Zwischenstation mit Kundgebung wurde beim CDU-Büro gemacht. Der Bremer CDU-Vorsitzende Bernd Neumann wurde aufgefordert, rauszukommen, sonst würde man reinkommen. Die CDU hatte sich in ihrer „Festung" durch Herablassen eines Stahlgitters am Eingang „verbarrikadiert". Deshalb konnte die Ankündigung nicht wahrgemacht werden. Vorm Arbeitsamt stellte sich der Leiter des Arbeitsamtes, Domino, den versammelten Kollegen. Ihm wurde die auf der Mitgliederversammlung verabschiedete Resolution übergeben. Danach ging die Demonstration weiter zum Arbeitgeberverband. Hier wurden die versammelten Kollegen völlig ignoriert. Die Metaller drückten ihren Unmut über die Haltung der Arbeitgeber und Bundesanstalt für Arbeit aus. Als weitere Aktion wurde eine Mahnwache vorm Arbeitgeberverband in der darauffolgenden Woche angekündigt.

„Kalte" Aussperrung bei Stahl?

Offensichtlich als Testfall wollen die Stahlkapitalisten die Maxhütte behandeln — dort sind Anfang Juni 360 Kollegen kalt ausgesperrt worden. In Presse und Medien werden bereits weitere kalte Aussperrungen mit entsprechender Propaganda vorbereitet.

Auf Seite der Gewerkschaft geschieht bisher nichts — die unterbrochenen Tarifverhandlungen werden bereits seit mehreren Wochen als für gescheitert erklärt. Der IGM-Vorstand und die Stahltarifkommission wollen offensichtlich eine „Abkoppelung" der Stahltarifrunde — unter dem Druck der Kapitalisten, die — wie stets — die Propaganda verfechten, nur ja keinen Streik in unserer Branche. Wie die angedrohten Aussperrungsmaßnahmen zeigen, koppelt die andere Seite keineswegs ab. So wird nur eine Schwächung sowohl der jetzigen Streikfront als auch der Position der Stahlarbeiter daraus!

Siehe auch Artikel zur Stahltarifrunde von Hoesch-Kollegen auf Seite 5

Korrespondenz aus Hamburg:

Warnstreik im Alsterhaus

Auch im Einzelhandel gibt es vielerorts Warnstreiks, die sich gegen die skandalösen Tarifangebote der Arbeitgeber richten. 3 Prozent haben sie in Hamburg geboten, und das bei etwa 1360 DM netto Endgehalt einer Verkäuferin. Die Arbeitshetze wird auch hier immer größer, weil in den letzten Jahren Hunderttausende Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die Verkäuferin muß den ganzen Tag bei oft schlechtem künstlichen Licht un mieser Luft stehen. Man verlangt von ihr ein immer freundliches Gesicht und sie hat Arbeitszeiten, die man nur als familienfeindlich bezeichnen kann.

Zu dieser allgemeinen Situation kommt noch eine Besonderheit im Hertie-Konzern. Die Konzern-Spitze, die schon immer besonders auf Personalabbau aus war, hat sich ein neuerliches Rationalisierungskonzept ausgedacht, das von der Führungsspitze bis zum Lagerarbeiter alle Arbeiter und Angestellten betrifft. Schon seit 1980 hatte der Konzern „einfach so" 10400 Arbeitsplätze abgebaut. Dieses neue Konzept soll nach groben Schätzungen weitere 6000 bis 8000 Menschen den Arbeitsplatz nehmen. Und das, obwohl Hertie, verglichen mit den anderen Kaufhauskonzernen, bereits jetzt schon am wenigsten Verkäuferinnen pro 1000 qm beschäftigt, nämlich ganze 42. Jetzt sollen überall Computerkassen eingeführt werden, somit die Lagerhaltung rationallisiert und natürlich auch die Kundenfrequenz erfaßt werden. Das bedeutet für die Lagerarbeiter Verlust der Arbeitsplätze, zumal auch Zentrallager eingeführt und Großraumwagen angeschafft werden. Für die Angestellten bedeutet es letztendlich Arbeit auf Abruf, sie haben dann „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit". Dazu soll noch das Personalinformationssystem zur allseitigen Kontrolle der Arbeitskräfte kommen.

Das umfassende Konzept wurde dem Personal des Alsterhauses kürzlich auf einer Betriebsversammlung vom Betriebsrat vorgestellt. Die Geschäftsleitung gab sich ahnungslos bis frech. Es müsse ja was geschehen, so könne es nicht weitergehen. Und das Personalinformationssystem samt variabler Arbeitszeit wären dazu notwendig. Aber die Planung im einzelnen kenne man nicht. Kein Wunder, daß die Kolleginnen und Kollegen auf die Leitenden im Haus nicht gut zu sprechen sind.

Nun ist das Alsterhaus aber nicht irgendein Hertie-Haus, sondern ein Flaggschiff des Konzerns, dazu in der teuersten Einkaufsgegend Hamburgs gelegen. Und die Kollegen kommen sich teilweise privilegiert vor, hier arbeiten zu können, obwohl Areitsbedingungen und Löhne natürlich keineswegs besser sind als anderswo. Würde ein Warnstreik hier gelingen?

Am letzten Samstag standen ab 7.30 Uhr die Streikposten um das Haus. Die ersten Kollegen, die kamen, blieben draußen, es fing also gut an. Vom Gewerkschaftshaus kam ein Bus mit Kollegen von IG Metall und — Druck, die Solidarisch die Streikaktion unterstützten. Dann kam, ziemlich spät erst, die Geschäftsleitung und später auch die Polizei. Sie hatten gedacht, in einem anderen Hertie-Haus Hamburgs würde eine Aktion stattfinden, waren also von diesem Warnstreik völlig überrascht.

Der Personalchef zog einige Leute mit sich in das Haus, das bisher verschlossen geblieben war. Dies war eine kritische Situation. Aber nicht viele Kollegen folgten seinen Aufforderungen. Dann kam der große Ansturm der Verkäuferinnen. Was würden sie tun? Draußen bleiben — natürlich! Fast alle fanden die Aktion gut; von etwa 400 Leuten, die an diesem Sonnabend arbeiten sollten, hatten nur etwa 30 die Aufforderung zum Warnstreik nicht befolgt. Die Stimmung war ausgezeichnet, und als der Streik, wie geplant, um 10 Uhr abgebrochen wurde, gingen die Kolleginnen und Kollegen mit stolz erhobenem Kopf ins Haus, beglückwünscht von den vielen Kollegen, die diesen Streik solidarisch unterstützt hatten.

Der Warnstreik des Alsterhauses ist ein Signal für den Einzelhandel in Hamburg. Weitere Aktionen werden folgen, zur Unterstützung der Streikenden und ausgesperrten Metall- und Druck-Kollegen, und, natürlich, um die Unternehmer für die Tarifverhandlungen, die in dieser Woche fortgesetzt werden unter Druck zu setzen.



Streikposten



Die Streikenden vor dem Kaufhaus



Kurz nach dem Streik — ein noch völlig leerer Verkaufsraum

Aus einem Informationsblatt der Betriebsgruppe Hoesch/Dortmund und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)

Stahltarifrunde:

Wir sollen abgekoppelt „fahren"

Die Verhandlungen in der Stahltarifrunde sind bekanntlich im Mai ohne Vereinbarung eines neuen Verhandlungstermins „unterbrochen" worden.

In den „Metall-Nachrichten" für die Stahlindustrie ließen die verantwortlichen IGM-Bezirksleiter diesen Beschluß als konsequente Antwort auf die „Unbeweglichkeit" der Stahlbosse feiern.

Konequente Antwort? Diese Antwort wäre eher lächerlich zu nennen, wenn sie nicht so schlimme Folgen für die gewerkschaftliche Kampffront im allgemeinen und für uns Stahlarbeiter insbesondere hätte.

Da sind in der Metallverarbeitung alle Verhandlungen für gescheitert erklärt worden, ca. 60000 Metaller stehen im Streik, die Unternehmer ziehen alle Register ihrer Machtmittel. Da beklagt die IGM selbst, daß die Stahlarbeiter „an den Drähten hängen, die von Gesamtmetall geführt werden"; daß die Stahlbosse keinerlei Bereitschaft zeigten, über die Forderungen der IGM zu reden; daß sie im Gegenteil „einschneidende Verschlechterungen" des Manteltarifvertrages durchsetzen wollen (dazu hinten mehr) — und die Verhandlungs- und Tarifkommission der IGM **beschließen nicht etwa das Scheitern der Verhandlungen auch bei Stahl, sondern die „Unterbrechung" der Verhandlungen!**

Was steckt dahinter?

Dafür kann es nur eine Erklärung geben: Die Stahlindustrie soll vom Tarifkampf der Metallverarbeitung abgekoppelt werden und insgesamt gesehen will sich die IGM-Führung um eine Ausweitung der Streikfront herumdrücken. Denn die Erklärung des Scheiterns der Verhandlungen hätte faktisch die Einleitung der Urabstimmung bedeutet. Das wäre ein wesentlicher Schritt, die Streikfront auszuweiten; allein schon deshalb, weil die Stahlbetriebe vor allem bei uns an der Ruhr ein großer politischer Faktor in der größten Industrieregion der BRD sind.

Was steckt dahinter? Offensichtlich sind die Appelle von Rohwedder und Co, die Stahlindustrie nicht mit einem Arbeitskampf zu „belasten", bei gewissen Funktionären der IGM auf offene Ohren gestoßen. Die Stahlindustrie schreibt wieder kräftig schwarze Zahlen, da wollen sich die Bosse natürlich nicht reinfunken lassen. Und offensichtlich sehen sich viele gewerkschaftliche Funktionäre immer noch im selben Boot mit „ihren" Unternehmen. Dabei müßte eins jedem klar sein: Auch bei schwarzen Zahlen wird die Arbeitsplatzvernichtung, die Leistungsverdichtung, der Abbau erkämpfter Rechte unverändert weitergehen (siehe Forderungskatalog der Stahlbosse zum Manteltarifvertrag).

Ergebnis von Metall einfach übernehmen?

Dazu kommt die naive Vorstellung, wir Stahlarbeiter könnten bei einer Abkoppelung von der Metalltarifrunde das dort erzielte Ergebnis dann einfach mir nichts dir nichts übernehmen. Das wird sicher nicht der Fall sein. Die Bosse werden auf die „besondere Lage der Stahlindustrie" verweisen, auf ihre „Vorleistungen" aus dem Stahlstreik 78/79 usw. Eine Abkopplung verschlechtert da eindeutig unsere Positionen. Dagegen gibt uns die Ankopplung, der gemeinsame Kampf mit der Metallverarbeitung, die besten Möglichkeiten, uns gemeinsam durchzusetzen!

Es scheinen auch Überlegungen eine Rolle zu spielen, wie sie W. Weiermann (BR-Vorsitzender auf Phoenix) gegenüber der WR äußerte: Man gehe davon aus, daß das Arbeitsamt bei „kalter Aussperrung" Kurzarbeitergeld an Stahlarbeiter zahlt, **weil die Stahlindustrie eine eigene, von der Metallindustrie deutlich abgekoppelte Tarifrunde „fährt".**

Inzwischen sind auf der Maxhütte die ersten Produktionsstillegungen erfolgt, andere Stahlbetriebe haben sie bereits angekündigt, bei Hoesch hält sich der Vorstand vorerst noch bedeckt. Es ist keineswegs sicher, daß Kurzarbeitergeld gezahlt wird, und wenn, dann sicher nicht mit der Begründung, wie sie W. Weiermann liefert. Doch davon mal ganz abgesehen: Die Hoffnung auf Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt darf doch nie und nimmer der Grund sein, sich aus der gemeinsamen Kampffront abzukoppeln, die gewerkschaftliche Kampfkraft zur Durchsetzung der 35 Stunden bei vollem Lohn zu schwächen, nicht nur in der Metallverarbeitung, sondern insbesondere in der Stahlindustrie selbst. Die Abkoppelung läßt uns im Regen stehen nach einem Tarifabschluß bei Metall.

Wir schließen uns darum voll den Forderungen an, wie sie immer zahlreicher aus den V-Leute-Körpern kommen:

Die Verhandlungen in der Stahlindustrie müssen für gescheitert erklärt werden!
Einleitung der Urabstimmung!
Die Kampffront ausweiten!
Mit dem Aufruf der IGM-Tarifkommission, in der Stahlindustrie sofort die Mehrarbeit einzustellen, muß auf Hoesch endlich ernst gemacht werden!

Handfeste Verschlechterungen sehen die Vorschläge des Arbeitgeberverbands Stahl für den Manteltarifvertrag vor.

Zum Beispiel soll in Zukunft auch bei den Arbeitern wie schon jetzt bei den Angestellten **geringfügige Mehrarbeit** (bis zu einer halben Stunde) nicht mehr bezahlt, sondern in Absprache mit dem Betrieb ausgeglichen werden.

Zum Beispiel soll Kurzarbeit nicht mehr mindestens eine Woche vorher vereinbart werden müssen, sondern auch kurzfristig angesetzt werden können.

Zum Beispiel sollen die Urlaubspläne nicht mehr mindestens Ende November für das kommende Jahr abgeschlossen werden. sondern auch kurzfristigen Änderungen aufgrund guter oder schlechter Auftragslage angepaßt werden können.

Alle Punkte haben den gleichen Zweck: Flexibilisierung der Arbeitszeit, so wie es den Unternehmern gerade paßt.

Diese Vorschläge zeigen: Wer wie der IGM-Vorstand und auch solche Tarifkommissionsmitglieder wie Kurt Schrade undWolfgang Weiermann meint, die Stahltarifrunde solle ruhig abgekoppelt von der Metalltarifrunde gesehen werden, der riskiert, daß wir nach einem erfolgten Metallabschluß keineswegs das Ergebnis einfach übernehmen können, sondern auf uns allein gestellt bös aufs Kreuz gelegt werden können.

Übrigens: Auch die Verdienstsicherung wollen die Unternehmer verschlechtern, den Tag für Winterurlaub abschaffen.

Vor 10 Jahren starb Günther Routhier

Vor 10 Jahren starb unser Genosse Günther Routhier — 13 Tage nach einem ungewöhnlich brutalen Polizeieinsatz bei einem Duisburger Arbeitsgerichtsprozeß. Günther Routhier war Bluter. Er starb an den Folgen einer Gehirnblutung. Die Polizei bestritt — natürlich — jede Verantwortung für seinen Tod.

Der „Fall Routhier" löste damals sehr große Empörung aus. Die Partei, aber auch viele andere Menschen — stellvertretend für viele seien hier nur der Liedermacher Walter Mossmann und der Münsteraner Professor Christian Sigrist genannt — warfen der Polizei vor, Günther Routhier ermordet zu haben. 5000 Menschen kamen zur Beerdigung von Günther Routhier nach Duisburg.

Der „Fall Routhier" löste aber auch einen beispiellosen Einsatz von Polizei und Justiz aus. Allein in den ersten fünf Tagen nach dem Tod des Genossen Günther Routhier wurden 80 Menschen festgenommen. An die 200 Strafverfahren wurden eingeleitet, Hunderte von Prozessen fanden statt. Die Geldstrafen, die in diesen Prozessen verhängt wurden, beliefen sich auf über 500000 Mark. Diese Justizkampagne dauerte jahrelang. So fand beispielsweise noch 1981 ein Prozeß gegen den bereits erwähnten Professor Sigrist statt, weil er bei einer Veranstaltung des Stockholmer Goethe-Instituts und des Germanistischen Instituts der Universität Stockholm in Schweden (!) im Zusammenhang mit dem Tod von Günther Routhier von „Mord" gesprochen hatte. Professor Sigrist wurde zu 3600 Mark Geldstrafe verurteilt — sieben Jahre nach dem Tod von Günther Routhier!

Wer war Günther Routhier?

Günther Routhier war 1974 45 Jahre alt und Frührentner. Über seinen Sohn Pit, der bei Mannesmann in Duisburg gearbeitet hatte, bekam er Kontakt zur KPD — damals noch KPD/ML. Als am 5. Juni 1974 ein Arbeitsgerichtsprozeß gegen die fristlose Entlassung des Kommunisten Hanfried Brenner durch die Mannesmann AG stattfand, gingen auch Günther Routhier und sein Sohn hin.



Der Arbeitsgerichtsprozeß

Die Partei hatte zu diesem Prozeß mit einem Flugblatt mobilisiert, zahlreiche Genossen befanden sich im Zuschauerraum. Als das Gericht die fristlose Entlassung von Hanfried Brenner bestätigt, kommt es zu Protesten. Es wird die Internationale angestimmt, über Megaphon wird versucht, von einem Fenster des Gerichtsaales aus die Passanten auf der vor dem Gerichtsgebäude liegenden Fußgängerzone anzusprechen. Was auf diese Proteste hin passiert, beschreibt die anwesende Gerichtsprotokollantin später so: „Sie kamen hastig ... es kam keine Warnung von der Polizei ... zuerst wurden die Frauen unsanft weggerissen ... zu Beginn flog einer in die Stuhlreihen, zwei bis drei Meter weit ... er lag dort, die Beine nach oben ... die Tür wurde von der Polizei von innen zugehalten ..."

Der in die Stuhlreihen flog, war Günther Routhier. Der ihn dort hineinschleuderte, war der K-14-Mann Schabronat, der 1970 zur „Sonderkommission des Bundeskriminalamtes zur Bekämpfung der Baader-Meinhoff-Gruppe" gehörte. Schabronat kannte Günther Routhier persönlich, wußte auch, daß er Bluter war. Daß Günther Routhier an dieser gefährlichen Krankheit litt, wurde außerdem im Gerichtssaal immer wieder gerufen. Der damalige Anwalt der Firma Mannesmann (inzwischen Vorstandsmitglied) bestätigt im Prozeß gegen Professor Sigrist, daß er Günther selbst hat rufen hören: „Laß mich in Ruhe, ich bin Bluter!" Aber keiner der anwesenden uniformierten oder zivilen Polizisten stört sich daran. Im Gegenteil. Günther Routhier wird von den Polizeibeamten Kluthen und Werner anschließend die Treppe des Arbeitsgerichtsprozesses hinuntergestoßen. Er schlägt mehrmals mit dem Kopf an die Wand und verliert das Bewußtsein ... Das hat einzig und allein zur Folge, daß Günther Routhier nicht wie die anderen gefesselt in den Polizeiwagen verfrachtet, sondern auf den Boden geworfen und so ins Polizeipräsidium transportiert wird. Im Polizeipräsidium kontrolliert die Polizei dann die Brieftasche Günther Routhiers mit seinem Bluterausweis. Aber niemand unternimmt deshalb etwas.

Im Laufe der Zeit werden aufschlußreiche Einzelheiten über das Vorgehen der Polizei bei diesem Arbeitsgerichtsprozeß bekannt: 1. Bereits sechs Wochen vor dem Arbeitsgerichtsprozeß kündigte das Duisburger K 14 ihn in einer sogenannten „WEM-Meldung (Wichtiges-Ereignis-Meldung) dem BKA, dem Innenministerium NRW, Abteilung Verfassungsschutz und allen K-14-Dienststellen in NRW an. 2. Im Laufe des Mai wird eine 9-Köpfige Sondergruppe der Polizei gebildet, bestehend unter anderem aus fünf K-14-Beamten, darunter der schon erwähnte Schabronat. 3. Am Morgen des 5.6. wird dann noch eine Einsatzreserve, bestehend aus 20 Mann, formiert, denen gesagt wird, daß bei der Arbeitsgerichtsverhandlung mit Auseinandersetzungen zu rechnen sei.

Für das Duisburger K 14 ist Günther Routhier im übrigen kein unbekannter Mann. Ungefähr ein halbes Jahr vor der Arbeitsgerichtsverhandlung hat der damalige Chef des Duisburger K 14, Viefer, versucht, Günther Routhier als Spitzel gegen die KPD/ML anzuwerben. Er erhielt eine Abfuhr ...

Welche Absichten die Duisburger Polizei, insbesondere das K 14, genau verfolgte, ist nie vollständig bekanntgeworden. In dem schon erwähnten Prozeß gegen den Münsteraner Professor Sigrist beantragte die Verteidigung, die entsprechenden Akten des K 14 beizuziehen. Nachdem der Präsident des Duisburger K 14 das abgelehnt hatte, faßte das Gericht den Beschluß, die Akten zu beschlagnahmen. Das Innenministerium von NRW verhinderte jedoch die Offenlegung der Akten. Begründung: Dadurch sei „das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen gefährdet"!

Der Tod von Günther Routhier

Günther Routhier stirbt am 18. Juni 1974, nachdem sich sein Gesundheitszustand seit dem 5.6. ständig verschlechtert hat, im Klinikum in Essen. Während die Duisburger Polizei kurz vor dem Tod von Günther Routhier gegenüber Journalisten behauptet, ein Mann namens Routhier sei ihr nicht bekannt, entfaltet sie in Wirklichkeit wegen eben dieses Günther Routhier hektische Aktivitäten.

Laut Informationen aus dem Klinikum Essen erkundigt die Polizei sich beinahe stündlich nach dem Zustand von Günther Routhier. Als er stirbt, wird seine Leiche sofort beschlagnahmt. Es wird eine Obduktion angeordnet. Obduzent ist ein gewisser Dr. Adebahr. Er bescheinigt eine „natürliche Todesursache", nämlich das Eintreten des Todes durch eine spontane Blutung ohne äußere Gewalteinwirkung auf Grund der Bluterkrankheit Günther Routhiers. Auf dieses Gutachten stützte sich nicht nur die Polizei, um die Behauptungen vom Mord Günther Routhiers durch die Polizei zu widerlegen. Auf dieses Gutachten stützten sich jahrelang auch die Gerichte. Kein einziger Richter störte sich an dem seltsamen Zufall, daß Günther Routhier gerade zu dem Zeitpunkt, als der Polizeieinsatz bei dem Arbeitsgerichtsverfahren stattfand, eine spontane Blutung bekam.

Aber gegen das Gutachten Dr. Adebahrs sprach nicht nur das oben geschilderte Ergebnis. Dagegen sprachen auch die Umstände, unter denen diese Obduktion stattfand. Frau Routhier hatte eine Ärztin ihres Vertrauens beauftragt, an der Obduktion teilzunehmen. Ein entsprechender Antrag wurde abgelehnt. Die Ärztin sei nicht „neutral". Als offenbar neutral galten aber Beamte der Duisburger Kripo, unter ihnen der schon erwähnte Viefer. Denn sie konnten der Obduktion beiwohnen. Erstmalig in der Geschichte des Essener Klinikums durften an dieser Obduktion keine Studenten teilnehmen. Auch daß uniformierte und zivile Polizei in- und außerhalb des Krankenhauses eine Obduktion „schützt", dürfte nicht gerade die Regel sein.

Wie sich später herausstellte, hatte die Kripo nicht nur bei der Obduktion ihre Finger im Spiel. Sie ließ auch die Krankengeschichte von Günther Routhier verschwinden. Warum, wurde klar, als diese, wohl aufgrund einer Panne, bei einem der zahlreichen Prozesse plötzlich auftauchte. Aus den ersten Seiten der Krankengeschichte geht nämlich hervor, daß die Ärzte bei der Aufnahme von Günther Routhier in das Duisburger Unfallkrankenhaus, wo er zunächst eingewiesen worden war, diagnostiziert hatten: „Verdacht auf Schädelbasisbruch und Schädelprellungen." Auf einem späteren Blatt der Krankengeschichte findet sich dann folgende handschriftliche Notiz: „Anruf von der Kripo: KPD/ML!" Von da an fehlt jeder Hinweis auf die zunächst festgestellten Symptome ...

Erst 1975 kommt das Lügengebäude von der „natürlichen Todesursache" ins Wanken. 1975 gelingt es nämlich in einem Prozeß in Westberlin durchzusetzen, daß ein neues gerichtsmedizinisches Gutachten erstellt wird. Diesmal von dem Gerichtsmediziner Dr. Krauland. Dr. Krauland kommt in dem Gutachten zu dem Schluß, daß vom medizinischen Standpunkt aus gesehen mit hoher Wahrscheinlichkeit die — äußerlich nicht so schlimm aussehenden — Verletzungen, die Günther Routhier bei dem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgerichtsprozeß erlitt, zu seinem Tode führten.

Aber wer erwartet hatte, daß mit diesem Gutachten die Sache nun wenigstens so weit klargestellt sei, daß die Verantwortung der fraglichen Polizeibeamten am Tod von Günther Routhier untersucht werden müsse, sah sich getäuscht. Frau Routhier beantragte, gestützt auf dieses Gutachten, eine Wiederaufnahme des Todesermittlungsverfahrens. Der Antrag wurde abgelehnt. Diesmal allerdings nicht, wie beim ersten Mal, weil es „offenkundig" keinen Zusammenhang zwischen dem Polizeieinsatz und dem Tode Günther Routhiers gäbe.

In der Ablehnung der Anzeige erklärte der Duisburger Staatsanwalt Jäger diesmal, es sei nicht entscheidend, ob Günther Routhier infolge des Polizeieinsatzes starb oder nicht. Entscheidend sei für ihn, Staatsanwalt Jäger, einzig und allein, „daß die Art und Weise des Vorgehens der Beamten bei der Festnahme und dem Abtransport rechtmäßig war." (!)

Womit die Gerichte eine neue klare Rechtsgrundlage für ihre Urteile in den Routhier-Prozessen hatten, die Behauptung von der „natürlichen Todesursache" ablöste: den „rechtmäßigen Polizeieinsatz", in dem man sich, wie ein Polizist schon Günther Routhier erklärt hatte, eben nicht verwickeln lassen darf, wenn man Bluter ist.

Und so fanden zig Prozesse statt, in denen Angeklagte verurteilt wurden — meistens wegen §90 a, Verächtlichmachung der Bundesrepublik oder eines ihrer Organe —, weil sie den Vorwurf des Mordes erhoben oder den „Roten Morgen" oder ein Flugblatt vertreilt hatten, in denen das geschehen war, ohne daß auch nur ein einziges Mal den Anträgen der Angeklagten und ihrer Verteidiger auf eine echte Beweisaufnahme stattgegeben worden wäre. Eine echte Beweisaufnahme in dem Sinne, daß einmal in einem Prozeß geprüft worden wäre, was am 5.6.1974 passiert ist, ob Polizeibeamte Günther Routhier ermordet haben bzw. für seinen Tod verantwortlich sind, hielt jahrelang kein einziges Gericht für nötig. Immer wieder wurde erklärt, daß der Wahrheitsgehalt des Mordvorwurfes „belanglos" sei, daß „unabhängig" von dem, was geschehen sei, die Behauptung, es handele sich um einen Polizeimord, eine „maß-

Brutaler Polizeieinsatz gegen Trauergäste

Am 24. Juni 1974 fand die Beerdigung Günther Routhiers statt. Frau Routhier hatte vorsorglich einen Trauerzug bei der Polizei angemeldet. Als sich aber die ersten Trauergäste — einige Hundert — versammelt hatten, sperrten plötzlich Mannschaftswagen der Polizei die Straße ab. Polizisten sprangen aus den Wagen und prügelten auf den Trauerzug ein. Das war der Auftakt für einen beispiellosen Polizeieinsatz von mehreren Tausend Polizisten, der bis in die Nacht andauerte. Kränze wurden zertrampelt, Straßen, Kaffeehäuser, Kneipen systematisch „nach allem, was schwarz gekleidet war" (Polizeianweisung) durchkämmt. Sogar die Beerdigung selbst wurde noch durch einen das Grab überfliegenden Polizeihubschrauber gestört. Trotz dieses Polizeiterrors und obwohl schon auf den Autobahnen Anreisende gestoppt worden waren, versammelten sich auf dem Friedhof fast 5000 Menschen, um Günther Routhier die letzte Ehre zu erweisen.



Kurz nachdem dieses Foto aufgenommen wurde, fallen Hunderte von Polizisten über die Trauergäste her.

Beschlagnahmt

Sieben Ausgaben des „Roten Morgen" wurden damals beschlagnahmt. Staatsanwälte und Polizei verfolgten Verkäufer, Redakteure und Herausgeber. Die Prozesse gegen den „Roten Morgen" zogen sich über Jahre hin. Strafverfahren wurden insgesamt wegen jeder dritten Ausgabe des „Roten Morgen" im Zeitraum 1974 bis 1976 eingeleitet.



ROTER MORGEN

Zu Tode gefoltert?

Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier mit Polizeiknüppeln zerschlagen

Es ist die Polizei, die mordet

KPD/ML

ROTER MORGEN

Mord!

ROTER MORGEN

Diese ganzseitige Fotomontage widmete der Verfassungsschutzbericht 1974 dem „Roten Morgen".



Zwei Polizisten schleppen Günther Routhier aus dem Arbeitsgericht.

"lose" Kritik sei, die strafrechtlich nicht geduldet werden dürfe.

Erst 1981, also sieben Jahre nach dem Tod von Günther Routhier, in dem schon erwähnten Prozeß gegen Professor Sigrist, wurde zum ersten Mal von einem Gericht eine Beweisaufnahme über die Todesumstände von Günther Routhier zugelassen. Zum ersten Mal waren damit auch die Polizeibeamten, die am 5.6. im Duisburger Arbeitsgericht im Einsatz waren, gezwungen, vor Gericht zu erscheinen und auszusagen. Kommentar des Staatsanwalts, zu den Aussagen der Polizeibeamten, die sich zum Teil an gar nichts erinnerten, zum Teil völlig verschiedene Darstellung lieferten: „Einige der vernommenen Beamten haben einen ganz miesen Eindruck gemacht."

Natürlich hätte man dem „schlechten Gedächtnis" der Polizeibeamten durch Hinzuziehung der entsprechenden Akten des K 14 von Duisburg auf die Sprünge helfen können. Aber die Hinzuziehung dieser Akten wurde, wie schon erwähnt, durch das nordrhein-westfälische Innenministerium verhindert.

Trotzdem erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung, es müsse als erwiesen angesehen werden, daß Günther Routhier an den Folgen seines Sturzes von der Treppe des Arbeitsgerichts und den Stöße gegen den Kopf, die er entweder dabei oder bei seinem Sturz in die Stuhlreihen des Gerichtssaales erhalten habe, gestorben sei. Dennoch verurteilte es Professor Sigrist, der von „Mord" gesprochen hatte, wegen „übler Nachrede" zu 3600 DM Geldstrafe. Begründung: Es sei keine Tötungsabsicht nachweisbar. Deshalb dürfte Sigrist die Geschehnisse nicht als „Mordtat der Polizei" anprangern, sondern hätte „gezielte, aber maßvolle Kritik ohne den Mordvorwurf üben" sollen ...

Maßvolle Kritik! Da gibt das Gericht faktisch zu, daß Professor Sigrist, die Partei und viele andere von Anfang an Recht hatten. Da gibt das Gericht indirekt ebenfalls zu, daß Duisburger Polizeibeamte und Staatsanwälte jahrelang gelogen haben. Und nicht nur das. Dokumente wie die Krankengeschichte verschwanden, es wurde für offenkundig falsche Obduktionsergebnisse gesorgt. Da liegt völlig klar auf der Hand, daß Hunderte von Menschen allein deshalb festgenommen, angeklagt und verurteilt wurden, weil vertuscht werden sollte, daß Duisburger Polizeibeamte für den Tod eines Menschen verantwortlich waren. Und alles, was dem Gericht dazu einfällt, ist „maßvolle Kritik" zu fordern.

Maßvolle Kritik an maßlosem Unrecht; den Gestank bekämpfen, indem man sich die Nase zuhält, statt auszumisten. Für diese systemerhaltende Heilslehre sollten im Falle des Genossen Günther Routhier Exempel statuiert werden. Aber die erhoffte Wirkung trat nicht ein. Nicht nur für zahllose Genossen, sondern auch für viele andere hatte die Wahrheit keinen Preis. Für sie zählte, was Günther Routhier kurz vor seinem Tod Duisburger Genossen gesagt hatte: „Wenn ich sterbe, müßt ihr die Wahrheit über meinen Tod verbreiten." Dieses Vermächtnis Günther Routhiers hat die Partei erfüllt.

Ballade vom zufälligen Tod
von Walter Mossmann (Auszug)

Im Jahr vierundsiebzig kam
Ein Mann umsonst zu Mannesmann
Der war entlassen so über Nacht
Der hat im Streik zu laut gedacht
Und sich um seinen Job gebracht.
Im Juni vierundsiebzig dann
Klagte er gegen Mannesmann
In Duisburg vor dem Arbeitsgericht
Ach, das Gericht war blind und taub
Recht gegen Reichtum gibt es nicht.

In dem Gerichtssaal war es heiß
Mancher Mann schrie laut, wie ich weiß
Und ein Gesang kam aus dem Geschrei
Die „Internationale" tönt
Häßlich im Ohr der Polizei.

Die schlugen zu mit kaltem Blut
Ich weiß, die schlagen gern und gut
Grade auf's Kommunistenpack
Schlagen mit Lust auf deinen Kopf
Schlagen auf Maul und Bauch und Sack

Günter Routhier war auch dabei
In der Gewalt der Polizei
Er war ihr Opfer — ich sag es laut
Grad weil der Richter jeden jagt
der sich das laut zu sagen traut

Günter Routhier ein Arbeiter
Frührentner, wie so mancher, der
Sein Leben im Betrieb ruiniert
„Der ist ein Bluter", schrien die Leut
Das hat die Polizei gehört

Den Günter Routhier schmissen sie
Die Treppe runter wie ein Vieh
Schleppten ihn ins Präsidium
Schleiften ihn dort — kopfunten — hoch
Brachten ihn um, ja, brachten ihn um

Zwei Wochen später war er tot
Und in der Stadt gabs ein Verbot
Verboten wurde ein einziges Wort
Seht nur, die Mörder machen Jagd
Bloß auf ein Wort, und das heißt „Mord"

Wenn du das Wort verbreitet hast
Fliegst du gleich in den nächsten Knast
Mensch, diese Mafia ist ja so frei
Die Gangster heißen hierzuland
Staatsanwalt oder Polizei
Zweitausend kamen zum Leichenzug
Zweitausend waren schon genug
Daß auch der Staat zur Leiche kam
Und als das Blut in Duisburg floß
Floß auch ein Sekt bei Mannesmann

Fluchthilfe für Michael Kühnen

In antifaschistischen Kreisen wartete man gerade gespannt auf den Beginn des Frankfurter Prozesses gegen ANS-Führer Michael Kühnen — seine Verhandlung war von der gegen seinen (Ex-) Kumpan Arndt-Heinz Marx abgetrennt worden — da verschwand die zentrale Figur des deutschen Nazi-Terrorismus plötzlich von der Bildfläche. Bald darauf erfuhr man, daß Kühnen sich in Frankreich aufhalte. Was man nicht erfuhr: Ohne die Billigung und Hilfestellung der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden wäre er nie dorthin gekommen ...

Die Gefahr eines Untertauchens allerdings war sicher allen gegenwärtig. Den Strafverfolgungsbehörden, die sich weigerten, Kühnen in Haft zu nehmen, ebenso wie den Antifaschisten, von denen viele die Inhaftierung Kühnens auch mit Hinweis auf diese Gefahr dringend forderten.

Über die Berechtigung dieser Forderung kann ja nun kein Zweifel mehr bestehen; wohl allerdings daran, daß sich zuständige Behörden zukünftig in ähnlich gelagerten Fällen anders verhalten werden.

Man muß daran zweifeln, weil es inzwischen zur Gewißheit geworden ist — und nicht mehr nur eine logische Schlußfolgerung aus dem bisher bekanntgewordenen Verhalten der Staatsorgane Kühnen gegenüber —, daß die verantwortlichen politischen Stellen an einer exemplarischen Aburteilung Kühnens überhaupt kein Interesse zeigen. Im Gegenteil: Sie haben es ihm erst ermöglicht, sich dem Prozeß zu entziehen und unterzutauchen, von Paris aus nun erneut internationale Verbindungen zu knüpfen und sicher auch nach Westdeutschland hinein weiterhin organisierend tätig zu sein. Was ihm zusätzlich dadurch erleichtert wird, daß seine ANS/NA zwar verboten, die meisten ihrer Mitglieder und Anhänger aber weiterhin auf freiem Fuß und zum Teil in alten Zusammenhängen unter neuen Namen weiterhin aktiv sind.

Hintergründe der Kühnen-Flucht enthüllte die WDR-Sendung „Monitor" am 29. Mai 1984. Es ist bezeichnend und beängstigend zugleich, wie wenig Echo es darauf zum Beispiel in der Presse gegeben hat. Mitarbeiter des WDR trafen sich mit Kühnen in Paris, einem von mindestens drei Quartieren, die er in Frankreich benutzt. Kühnen erzählte freimütig und sichtlich befriedigt, wie er es geschafft hat, dahin zu kommen:

„Am Schweizer Grenzübergang Neuhausen wurde sein Auto zunächst von deutschen Grenzbeamten ausführlich kontrolliert. Er wurde anschließend durchgelassen, aber die Schweizer Beamten kontrollierten ihrerseits, und zwar noch ausführlicher. Im Fernsehen schilderte Michael Kühnen den Vorgang so:

„Die haben dann den Wagen auf den Kopf gestellt, haben also wohl einen Tip von den deutschen Behörden bekommen. Ich hatte einige Bücher dabei, zum Beispiel Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' und den ‚Mythos des 20. Jahrhunderts'. Diese wurden zum Vorwand genommen von den Schweizer Behörden, mich gar nicht reinzulassen. Ich wurde also wieder zurückgeschickt. Habe aber gleich gefragt: ‚Wenn ich ohne Material komme, kann ich rein?' Und darauf haben sie gesagt: ‚Dann können Sie rein.' Ich bin also zurückgefahren zum deutschen Kontrollpunkt und habe gesagt: Ich will die Sachen hier deponieren. Und darauf haben die mich etwa eineinhalb Stunden zusammen mit meinem Kameraden dort sitzen lassen. Und in diesen eineinhalb Stunden müssen die politischen Entscheidungen gefallen sein, ob man mich endlich rauslassen sollte aus der BRD oder nicht. Und ich bekam dann nach eineinhalb Stunden Bescheid, ich könnte ohne die Sachen passieren. Und die Schweizer haben dann überhaupt kein Theater mehr gemacht, und ich war drin."

Frage: „Wollen Sie damit sagen, daß das Ganze mit Wissen der deutschen Behörden vonstatten gegangen ist?"

Kühnen: „Also, mit Sicherheit wußten die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, daß ich da an dieser Grenze war. Und man hat sich dazu eben eine Meinung gebildet. Ich gehe davon aus, daß man sich selbstverständlich zu dem Zeitpunkt nicht gewußt hat, wie lange ich ins Ausland wollte und was ich dort eigentlich will, hatte aber den Eindruck und habe ihn auch heute noch, daß es den deutschen Behörden gar nicht so unlieb war, zu dem Zeitpunkt zumindest gar nicht so unlieb war, daß ich das Land verlasse."

So geht das also. Die bundesdeutschen Behörden mögen Kühnen nicht auch noch gefragt haben, was er eigentlich im Ausland alles machen will — es schien sie nicht sonderlich zu interessieren, obwohl es auch ihnen, zwar nicht in Einzelheiten, aber im Wesentlichen klar gewesen sein muß —; aber sie haben ihm zum Beispiel ganz bewußt Fluchthilfe geleistet und so unter anderem Prozeßvereitelung betrieben.

Gegenüber den „Monitor"-Reportern äußerte sich Kühnen auch über seine Absichten bzw., wie er sich ausdrückte, seinen „Auftrag" ganz freimütig. Er habe nicht vor, auf Dauer im „Exil" zu bleiben, wolle vielmehr dort einen „engbegrenzten", „doppelten" Auftrag erfüllen:

„...einmal die Organisation und Mobilisierung des Auslandsdeutschtums (..) es gibt dort etliche nationale Leute, auch mit Geld, das heißt, also diese Leute zu mobilisieren, unseren Kampf in Deutschland zu unterstützen, und dieser Sache auch einen organisatorischen Rahmen zu geben. Und der zweite Auftrag besteht eben darin, eine Vereinheitlichung der nationalsozialistischen Bewegungen in Europa zu ermöglichen. Uns schwebt also vor, daß bei weiterexistierender Autonomie der nationalen Gruppen für die nationale Politik im eigenen Land ein Zusammenschluß auf europäischer Ebene stattfindet in Form einer europäischen Bewegung, und zwar ganz klar auf organisierter Form. Und diese Initiative beginnt jetzt im nächsten Monat."

Es läßt sich schlecht einschätzen, wie weit Kühnen und Co. bei ihren internationalen Bemühungen inzwischen tatsächlich gekommen sind. Kühnen spricht vom Aufbau einer neuen ANS-Organisation in der Schweiz, eine „Nationalsozialistischen Aktionsfront" in Holland — die er ausdrücklich der ANS zurechnet —, preist die guten Beziehungen zur französischen „Bruderorganisation" FNE um den Altnazi Marc Fredriksen und schwärmt von den Beziehungen nach Südtirol, über die er sich aber nicht weiter auslassen möchte. Er selber komme ohne Schwierigkeiten durch ganz Europa, weil ihn überall „Kameraden" aufnehmen und verpflegten. Auch außereuropäisch kommt Kühnen herum: Anfang 1985 will er nach Südamerika, um ältere Kameraden um allseitige, nicht zuletzt finanzielle Unterstützung anzugehen.

In Spanien findet Kühnen Unterschlupf bei Leon Degrelle, dem ehemaligen Führer der SS-Freiwilligen-Legion Wallonie, der Hitler so ergeben war, daß dieser meinte: „Hätte ich einen Sohn, er müßte sein wie Degrelle". In Frankreich wohnt er unter anderem im Landhaus eines ehemaligen Offiziers der SS-Division Charlemagne. Kühnens heutige Vorstellungen „europäischer Zusammenarbeit" haben eben auch ein ganz konkretes Vorbild.



Immer noch gibt es keinen internationalen Haftbefehl gegen Kühnen. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, daß zum Beispiel die deutsche Justiz Schritte unternommen hätte, um Kühnens französischen Unterschlupf aufzustöbern, obwohl die WDR-Reporter den Weg dahin recht ausführlich beschreiben konnten, wenn ihnen auch die Augen verbunden waren.

Die deutschen Strafverfolgungs- (diese Bezeichnung mutet in diesem Zusammenhang etwas weit hergeholt an!) Behörden bzw. noch höher gestellte politische Stellen haben Kühnen nicht nur entkommen lassen, sie tun auch nichts, um ihn wiederzubekommen. Ein deutlicher Beweis dafür, daß Zimmermann die ANS zwar verboten hat, eine tatsächliche Durchsetzung dieses Verbots aber nicht betreiben will.

Es kommt deshalb für die Antifaschisten darauf an, sich mit dem Erfolg des ANS-Verbotes — das ohne die massiven Proteste und die sich entwickelnde konkrete Widerstandsbereitschaft so nicht erfolgt wäre — nicht zufrieden zu geben.

Der Kampf für das Verbot und die tatsächliche Zerschlagung aller Nazi-Organisationen einschließlich der NPD geht weiter. Jeder Teilerfolg muß erzwungen und in gemeinsamer Anstrengung verbreitert und ausgebaut werden. Zimmermann und seinesgleichen sind dabei unsere Gegner, nicht zuletzt deshalb, weil die Umtriebe der Neonazis so gut in ihr eigenes politisches Spiel passen und das von uns angestrebte Verbot sie selber bloßstellen würde.

Dietrich Lohse

Termine

Herbstaktionen im Fulda-Gap

Das zweite bundesweite Treffen zur Vorbereitung der Aktion „Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda-Gap" findet am 7./8. Juli 1984 statt: Fachhochschule Fulda, Beginn am 7.7. um 12.00 Uhr. Die Partei unterstützt diese Herbstaktionen. Wir bitten Genossen, die an dem Treffen teilnehmen wollen, sich vorher bei der RM-Redaktion zu melden.

Kein Frieden mit der NATO

Das nächste Treffen der Initiative Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO findet am Sonntag, 5.8.84 in Münster statt. Ort: KSG Münster, Frauenstr. 3-6, Clubraum 1, Beginn: 12.00 Uhr. Es geht vor allem darum, Aktivitäten im Rahmen der Herbstaktionen der Friedensbewegung zu besprechen und festzulegen. Beabsichtigt ist u.a. die Herausgabe einer „Massenzeitung".

Genossen, die in Friedensinitiativen aktiv sind, sollten dort über die Initiative informieren und sich für die Teilnahme der Initiative oder einzelner Mitglieder an dem Treffen einsetzen.

Kontaktadresse der Initiative Kein Frieden mit der NATO: Johannes Massolle, Habichtshöhe 36, 44 Münster.

Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Die nächste erweiterte Sitzung des Koordinationsbüros des Frankfurter Appells findet am 30.6./1.7. in Frankfurt statt. Ort und Uhrzeit werden noch bekanntgegeben.

Wahlrecht für Ausländer

Mit großer Mehrheit (836155 gegen 272988 Stimmen) haben sich die Bürger der Republik Irland am 14. Juni im Rahmen eines Verfassungsreferendums für das Wahlrecht für Ausländer ausgesprochen. Allerdings ist noch nicht klar, ob alle in Irland lebenden Ausländer das Wahlrecht erhalten sollen oder nur die Bürger aus EG-Staaten. Darüber wird das irische Parlament demnächst entscheiden.

Ausländerprogramm jetzt in griechischer Sprache

Jetzt gibt es den Entwurf für ein Ausländerprogramm der KPD auch in griechischer Sprache! Da wir davon aus-

Εργάτες, εργαζόμενοι!

Στην Ομοσπονδιακή Δημοκρατία της Γερμανίας (ΟΔΓ) ζουν και εργάζονται σήμερα με τις οικογένειές τους εκατομμύρια ξένων εργατών και εργαζομένων. Μ' αυτό το πρόγραμμα απευθυνόμαστε ιδιαίτερα σε σας, γνωρίζουμε όμως ότι τα αιτήματα του προγράμματός μας θα μπορέσουν να ικανοποιηθούν μόνο από κοινού με [illegible]

gehen, daß die Nachfrage nicht so sehr groß ist, wird es auf Bestellung und nach Bedarf kopiert. Kosten: pro Exemplar 20 Pfg. plus Drucksachenporto. Entsprechenden Betrag bitte bei der Bestellung in Briefmarken beilegen.

„Kommunistische Hefte" Nr. 9

Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft

Soeben ist die Nr. 9 der „Kommunistischen Hefte", des theoretischen Organs unserer Partei, erschienen. Sie enthält den zweiten Teil eines Artikels über Ausländerbeschäftigungspolitik in der BRD (Geholt — gebraucht — gefeuert) und als Schwerpunktthema einen Artikel, der die Auffassungen von Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft zusammenfassend darstellt.

Dieser Artikel erscheint im Rahmen der Sozialismus- und Programmdiskussion unserer Partei. Ein Artikel, der die Auffassungen Lenins in den Debatten, die in den ersten Jahren der jungen Sowjetmacht um Fragen der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus geführt wurden, zusammenfaßt, soll in der nächsten Ausgabe der „Kommunistischen Hefte" folgen.

Ein Schwergewicht des Artikels über die Auffassungen von Marx und Engels liegt naturgemäß auf der Staatsfrage. Das kann nicht anders sein, denn Marx selbst hat die These von der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als zentral für sein theoretisches Werk angesehen: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatonie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung der Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

Natürlich beantworten Marx und Engels die Frage, ob es einen zentralisierten Staat der Diktatur des Proletariats geben muß mit JA, was historisch stets die zentrale Frage in der Auseinandersetzung mit dem Anarchismus war: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Marx und Engels aber betonen zugleich, daß der proletarische Staat nicht einfach den Zentralismus, den hierarchischen Aufbau des bürgerlichen Staates wiederholen kann, daß der proletarische Staat nicht das gleiche erdrückende Gewicht in der Gesellschaft haben kann wie der bürgerliche Staat, daß die Kommune als der erste proletarische Staat auch eine „Revolution gegen den **Staat** selbst" war, eine „Wiederbelebung durch das Volk und des eigenen gesellschaftlichen Lebens des Volkes". Viele Funktionen, die in der kapitalistischen Gesellschaft staatlich waren, können im Sozialismus, in dem nicht eine Minderheit der Gesellschaft die Mehrheit unterdrückt, unmittelbar an die Arbeiterklasse und die Werktätigen übergehen, zu Fragen der „Selbstverwaltung" oder der „Selbstregierung" werden.

Diese Auffassungen von Marx und Engels sind von großer Akutalität. Sie stehen im Widerspruch zur landläufigen Auffassung vom Sozialismus: denn aufgrund der Anschauung der revisionistischen Länder hat sich bei der Masse der Arbeiter und Angestellten die Auffassung verfestigt, daß im Sozialismus der staatliche Zentralismus total, das Gewicht des Staates gegenüber der Gesellschaft erdrückend und der Staat absolut unabhängig gegenüber den Bestrebungen der einfachen Menschen ist. Und diese Vorstellung vom „totalen Staat" stößt heute gerade bei den fortschrittlichsten Teilen der Arbeiterklasse und natürlich vor allem der Jugend auf Ablehnung.

Die Aktualität dieser Auffassungen von Marx und Engels wird von verschiedenen Seiten bestritten. Die heutige Sozialdemokratie bestreitet die Notwendigkeit eines proletarischen Klassenstaates überhaupt, indem sie behauptet, daß auch der bestehende bürgerliche Staat kein Klassenstaat mehr sei, sondern über den Klassen stehe und — falls sich nur die parlamentarischen Mehrheiten dazu fänden — ein Instrument sein könne, um die „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" zu verwirklichen.

Der moderne Revisionismus bestreitet vor allem die Aktualität der Auffassungen von Marx und Engels über das Absterben des Staates. Natürlich nicht grundsätzlich theoretisch. Aber indem er den Sozialismus faktisch zu einer eigenständigen Gesellschaftsformation erklärt hat (im Gegensatz zu den Auffassungen von Marx und Engels, die den Sozialismus als Übergangsperiode permanenter revolutionärer Umwälzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus sahen), gilt die marxistische Auffassung vom Absterben des Staates jetzt noch nicht, sondern erst, wenn in unabsehbarer Zukunft sich der Übergang zum Kommunismus anbahnt. Jetzt dagegen gilt, daß der revisionistische Staat so übermächtig wie möglich zu sein hat, der bürokratische Zentralismus so strikt wie möglich, die Unterdrückung jeder direkten Demokratie so total wie möglich. Und diese vollständige Entrechtung der Arbeiterklasse, dieser real existierende Absolutismus des Staates gegenüber den proletarischen Klassenbestrebungen beruft sich auf Marx, der in der proletarischen Revolution auch eine „Revolution gegen den Staat" selbst sah.

An dieser Stelle können natürlich nur einige Fragen angesprochen werden, die der über 80 Seiten lange Artikel anschneidet. So beschäftigt sich der Artikel auch relativ ausführlich mit Ausführungen von Marx und Engels über die sozialistische Produktionsweise. Aber die hier angesprochenen Fragen haben vielleicht doch ausgereicht, um deutlich zu machen, daß es in diesem Artikel nicht nur darum geht, daß das nicht einmal zusammengeschrieben wurde, was man noch aus der letzten Grundschulung weiß. Vielmehr ist es das offenkundige Bestreben des Artikels, gegen eine zweifellos feststellbare Verengung und Verflachung der marxistischen Auffassungen anzuschreiben.

Eben das sollte möglichst viele zur Auseinandersetzung mit diesem Artikel anregen, auch wenn er wegen seiner Länge und der vielen Marx-Zitate ein wenig schwer verdaulich ist.

KOMMUNISTISCHE HEFTE
Theoretisches Organ der KPD

Geholt — gebraucht — gefeuert
Ausländerbeschäftigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland
2. Teil

Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft

9
Einzelpreis 6 DM

Zu bestellen beim RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Echo

Liebe Genossen Redakteure!
Ihr habt in den letzten Wochen durch die zusätzliche Herausgabe der RM-Streikzeitung erhebliche Belastungen auf euch genommen.

Wir möchten uns dafür bedanken und euch berichten, wie sie von den Beschäftigten bei Still in Hamburg aufgenommen wurden: Schon die ersten Flugblätter zur 35-Stunden-Woche fanden ein eindeutig positives Echo, auch über den Kreis der engeren Sympathisanten unserer Partei hinaus. Das gilt auch für die aktuellen Berichte in den RM-Streikzeitungen (mal abgesehen von der ersten Ausgabe, die viel zu allgemein war!).

Daher wagten wir den Versuch, unsere Kolleginnen und Kollegen um eine Spende für die Herausgabe dieser Informationen (RM-Spende „35") anzusprechen.

Auch wenn wir nur einige wenige Kollegen direkt ansprachen, war es ein Erfolg. Insgesamt haben wir 81 Mark gesammelt. Nur ein geringer Teil davon stammt von Parteigenossen selbst.

Mit kommunistischen Grüßen
Betriebszelle Still/Hamburg

Achtung: RM-Urlaubsregelung!!

Liebe Leser,
normalerweise hatten wir vor, im Juli dieselbe Regelung zu praktizieren wie im letzten Jahr: einen Monat kein „Roter Morgen". Diese Regelung hat sich bewährt (nach dem Motto lieber in der Urlaubszeit vier Wochen kein RM, als monatelang einen mit reduzierter Besatzung).

Der Streik der Metaller und Drucker, der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich macht es nun aber mit einiger Wahrscheinlichkeit nötig, daß die RM-Streikzeitung wie bisher weiterhin wöchentlich erscheint, solange der Kampf andauert. Solange „Streikzeit" ist, gilt folgende Regelung: Den Abonnenten des Roten Morgen wird eine vierseitige Sonderausgabe der Zeitung zugesandt, die neben zwei Seiten RM-Streikzeitung auch zwei Seiten zur allgemeinen politischen Aktualität enthält.

Der letzte „normale" RM (26/84) erscheint nächste Woche, zum 29. Juni.

Die Sonderausgabe des RM würde danach wöchentlich freitags erscheinen.

Der nächste RM nach der Urlaubszeit erscheint Freitag, den 3. August.

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die Partei	
H., Bremen	150,—
KPD Westberlin	428,—
LBV Westfalen-Lippe	77,50
K.H.E., Dürrlauingen	14,80
WvL, Dortmund	10,—
KPD Bremerhaven	2000,—
LBV Westfalen-Lippe	56,50
R.C., Lingen	20,—
KPD Kiel	48,20
W.H., München	100,—
H.u.F.C., Weißweiler	360,—
W.H.	150,—
E.H., Dortmund	25,—
W.F., Ennepetal	112,—
insgesamt	3847,—

Damit sind seit Jahresbeginn 15947,— DM Spenden für die Partei bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche	
A.J. und K.L.J., Kiel	70,—
R.C., Lingen	20,—
H.K., Bielefeld	700,—
insgesamt	790,—

Damit sind für diese Kampagne bislang 7550,— DM an uns gespendet worden.
Allen Freunden und Genossen: heißen Dank!



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Internationalismus

DATEN, FAKTEN DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

Schwerpunkt: immer da, wo DM mitmischt

WOCHENZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Bericht vom 1. Bundestreffen der Initiativen gegen Pseudo-Krupp (Teil 2)

Ein Tribunal widerlegt die Behauptung, es gebe keine Beweise

Rechtliche Forderungen

Rechtsanwalt Klaus Kall (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) wies darauf hin, daß in der BRD die Festsetzung technischer Normen einer Vielzahl von privaten Organisationen wie z.B. dem TÜV (= Technischer Überwachungsverein), der VDI (= Vereinigung Deutscher Ingenieure) oder der VDE (Vereinigung Deutscher Elektrotechniker) überlassen werden. „Es ist ein Skandal, daß der Staat in den VDI- und VDE-Unterausschüssen, in denen technische Erfahrungen in Normen gegossen werden, praktisch nicht vertreten ist, da die Gewerbeaufsicht personell dazu nicht in der Lage ist."

Lediglich in irgendwelchen Koordinierungsgremien könne man Vertreter der Gewerbeaufsicht finden, nicht jedoch dort, wo die Normen erarbeitet werden. Er wolle jedoch nicht einem polizeistaatlichen Gewerbeaufsichtsdenken das Wort reden, sondern müsse feststellen, daß der Gewerbeaufsicht für ihre Genehmigungsverfahren aufgrund fehlenden Einblicks (beispielsweise bei Anlagen wie dem Schnellen Brüter in Kalkar oder der Wiederaufbereitungsanlage in Gorlegen) die Entscheidungsgrundlagen fehlen und sie somit völlig überfordert sei.

„Der Bürger will (aber) nicht wissen, warum etwas nicht geht, der Bürger will wissen, daß die Landesregierung ihm zu seinem Recht auf Leben und Gesundheit verhilft. Wenn der Staat diese elementaren Menschenrechte nicht mehr zu schützen in der Lage ist, weil er Krupphusten und plötzliches Kindssterben für ein Phänomen und nicht für ein Ergebnis der Luftschadstoffbelastung hält, dann hat ein derart ignoranter Staat auch den Anspruch verloren, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat (...) zu sein." (Kall spricht hier als SPD-Mitglied!) Kall will dem § 324 des Strafgesetzbuches (gemeingefährliche Vergiftung, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden kann, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist) Geltung auch in bezug auf die von Kraftwerksbetreibern und Industrieunternehmungen im Profitinteresse betriebene Umweltkriminalität Geltung verschafft sehen. „Warum soll ein Täter, der um des Profits willen an dem Tod von Kindern mitschuldig ist, nicht lebenslänglich einsitzen?" Er greift die kurzen Verjährungsfristen für Umweltkriminalität an, da Schäden häufig erst nach längeren Fristen sichtbar werden. Hinsichtlich des Umweltschadensrechts fordert er einen Schadensfonds, um damit eine Kollektivhaftung der Verursacher zu ermöglichen. Dies sei in Japan, den USA und Großbritannien inzwischen längst gängige Praxis geworden.

Forderungen zur Luftreinigung

Nachdem zuvor ein Toxikologe (= Giftwissenschaftler), Prof. Wassermann, ausführlich auf die jeweiligen Schädigungen der Umwelt und deren Folgen für die menschliche Gesundheit eingegangen war, wobei auch er seiner Erfahrung Ausdruck verlieh, daß Politiker und Leiter von Gesundheitsämtern in aller Regel an den gesundheitlichen Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen, trug Wilfried Kühling, der eingehend die Meßverfahren für die Luftbelastung beschrieb und feststellte, daß mit Hilfe der Einführung eines neuen Berechnungsfaktors Belastungsgebiete zu Reinluftgebieten umgedeutet werden (durch Einführung des 95-Perzentils zur Messung der Spitzenbelastung anstelle des bisher geltenden 98-Perzentils; d.h. nur mehr 95 Prozent aller Werte brauchen unter den Kurzzeitwert-Begrenzungen der TA Luft zu liegen statt 98 Prozent), Forderungen für einen Vorschriftenkatalog vor, der eher geeignet ist, den gesundheitlichen Anforderungen der Bevölkerung an die Luft gerecht zu werden.

Eine Gegenüberstellung der Langzeit- und Kurzzeitgrenzwerte, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgeschrieben werden, mit denen, die in der TA Luft festgeschrieben worden sind, macht deutlich, inwieweit die Vorschriften für die Gesundheit in der BRD sich am wirtschaftlichen Interesse derjenigen orientieren, die für die Schadstoffverarbeitung in der Luft verantwortlich sind (jeweils in mg/m3):

Langzeitwerte (IW1)

	WHO	TA Luft
SO_2	O,O5	0,14
NO_2	O,O5	0,08
CO	5	10
Schwebstaub	0,05	0,15

Kurzzeitgrenzwerte (IW2)

	WHO	TA Luft
SO_2	0,15	0,4
NO_2	0,1	0,3
CO	10	30
Schwebstaub	0,15	0,3

(IW = Immissionsgrenzwert, d.h. der Grenzwert für die Belastung der Luft mit Schadstoffen.)

Diese Gegenüberstellung lag der Arbeitsgemeinschaft „TA Luft" der in Essen vertretenen Elterninitiativen zur Beurteilung vor und wurde von den Eltern zu der Forderung nach Einführung der WHO-Werte erhoben, was einhellige Zustimmung aller Anwesenden fand.

Auch die Grenzwerte zur Auslösung von Smogalarm liegen bei uns weit oberhalb der gesundheitlichen Gefahrengrenze, wie sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt (jeweils in mg/m^3):

Alarmstufe 1

	gefordert	Gültig
SO_2	0,1	0,8
NO_2	0,1	0,6
CO	10	30

Alarmstufe 2

	gefordert	gültig
SO_2	0,16	1,6
NO_2	0,15	1,2
CO	15	60

Alarmstufe 3

	gefordert	gültig
SO_2	0,2	2,4
NO_2	0,2	1,8
CO	20	90

(SO_2 = Schwefeldioxid, NO_2 = Stickstoffdioxid, CO = Kohlenmonoxid)

Auch diese an der WHO orientierten Forderungen fanden einhellige Zustimmung. Verlangt wird zudem eine Geschwindigkeitsbeschränkung für Autos auf 100 km/h auf den Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen. Messungen des Stickoxidausstoßes haben ergeben, daß sich dieser bei 100 km/h gegenüber dem bei 60 km/h verdoppelt, bei 180km/h sogar auf das 16fache ansteigt.

Die Elterninitiativen sind fest entschlossen, sich auch bei Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler am 19.6. nicht einlullen zu lassen. Sie wollen nicht hinnehmen, daß bis auch in anderen Städten wie in Essen jede Woche ein Kind an SIDS (plötzlichem Kindstod) stirbt.



NATO-Senkrechtstarter in Flammen

US-Luftwaffe beharrt auf Flugtagen

„Runter kommen sie immer ..."

Dieser etwas makabre Spruch paßt auf die Entwicklung der letzten Zeit, da sich die Abstürze von Flugzeugen bei Schaufliegen und Tiefflugübungen gehäuft haben. Proteste in Ortschaften, die in den zahlreichen Tiefflugschneisen liegen, sind seit langem an der Tagesordnung und wurden stets zurückgewiesen, spätestens vom jeweiligen Bonner Wehrminister. Nach den Katastrophen von Frankfurt im letzten Jahr und Aschaffenburg zu Beginn dieses Monats stehen nun auch die US-Flugtage endgültig im Zentrum von Protesten.

Heftige Auseinandersetzungen gibt es dabei vor allem um die nächste militaristische Werbeshow, die für den 24. Juni in Ramstein bei Kaiserslautern geplant ist. Vielleicht erinnert sich noch der eine oder andere an das Auftreten der US-Army-Schlägertypen, als es im letzten Jahr Protestversuche gegen diese Killerparade gab. Sie prügelten wild drauflos.

Damals war der versuchte Protest von den etablierten Parteien verurteilt worden, „antiamerikanisch" und andere Phrasen wurden in den Medien gehandelt. Heute, nachdem diese verschiedenen Unfälle mit Todesopfern sich gehäuft haben, ist hier ein gewisser „Stimmungsumschwung" zu verzeichnen.

Der Rat der Stadt Kaiserslautern jedenfalls protestierte gegen die Abhaltung der neuerlichen Flugtage. Allerdings: Ohne Erfolg. Die US-Luftwaffe berief sich auf ihre Vorrechte im NATO-Statut und künigte an, ihre Kriegsshow trotz dieses Protestes durchzuführen.

Wie kann man von Leuten, die weltweit blutige Hände haben, erwarten, daß sie ausgerechnet in der Pfalz „Rücksicht üben"? Denn natürlich weiß die amerikanische Armeeführung ebensogut wie die der Bundeswehr, daß die stets mit solchen Werbefeldzügen verbundenen technischen Attraktionen ihr erfolgreichstes Mittel der Sympathiewerbung sind.

Prozeß um nicht angemeldete Friedensdemonstration in Kiel:

Kriegsrichter sind aktiv

Der „Fall" selbst war sozusagen nichts Besonderes: Das Kieler Amtsgericht verhandelte gegen den Grünen Ratsherrn Sönnichsen, weil er „Leiter und Veranstalter" einer nicht angemeldeten Friedensdemonstration gewesen sein sollte. Die Staatsanwaltschaft hatte dieses „Vergehen" mit einer Geldstrafe von 200 Mark ahnden wollen. Wichtig wurde der Prozeß erst durch die Auseinandersetzung um den Richter Bill.

Sönnichsen und seine Verteidiger Liebe und Otten lehnten Richter Bill wegen Befangenheit ab. Begründung: Bill gehört zu jenen bundesdeutschen Richtern, die als sogenannte Wehrstrafrichter schon mal üben, Filbingers für den nächsten Krieg auszubilden. Über die Ausbildung dieser Kriegsrichter — nichts anderes sind sie — hat es schon einige Auseinandersetzungen gegeben. Vor allem deshalb, weil auch die liberale Öffentlichkeit entsetzt darüber war, wie hier außerhalb der Legalität Schritte der Militarisierung unternommen werden.

Tatsache ist, daß ja bereits die Ziviljustiz heute in Verfahren gegen Armeeangehörige das Wehrstrafrecht anwendet. Tatsache ist weiter, daß es für diese besonderen Kriegsrichter keine gesetzliche Grundlage gibt: Über sie soll erst das in den Notstandsgesetzen vorgesehene sogenannte Notparlament entscheiden. Der dafür in den Schubladen liegende Entwurf bedeutet die Einführung jeglicher offener Willkürjustiz.

Nicht nur, daß die Verteidiger da faktisch keine Rechte mehr haben sollen, daß auch Berufungs- und Revisionsinstanzen entfallen, sondern dem Richter wird auch eine ganz andere Rolle zugewiesen, des Herrn über Leben und Tod — denn ohne die Einführung der Todesstrafe ist dieses ganze Gesetzeswerk, das da vom Notparlament verabschiedet werden soll, sinnlos, wie es auch in bürgerlichen Kommentaren festgestellt wurde.

Ein Mann wie Bill, das war nun die Begründung für die Ablehnung des Richters durch die Verteidigung, der freiwillig an diesen militaristischen Übungen teilnimmt, ist befangen, wenn ausgerechnet er über Menschen zu urteilen hat, die wegen ihres Einsatzes für den Frieden vors Gericht gezerrt werden. Die Staatsanwaltschaft wollte alle diese „politischen Dinge" aus dem Prozeß rauslassen, der Richter selbst meinte, nach diesen Vorträgen könne man von ihm kein Entgegenkommen (?) mehr erwarten, der Antrag auf Befangenheit wurde abgelehnt, der kleine Filbinger Bill verhängte statt der geforderten 200 wenigstens 300 Mark Strafe im Urteil.

Das Urteil erging in Abwesenheit des Angeklagten, der nach der Zurückweisung des Antrages den Saal verlassen hatte — völlig zu Recht. Denn es ist in der Tat ein Skandal, so einen Mann so einen Prozeß führen zu lassen. Aber es ist das Geringere dabei. Daß es den Aufbau einer solchen Militärjustiz überhaupt gibt, die ja nun mit in der abscheulichsten Tradition bürgerlicher Klassenjustiz steht, das ist die entscheidende Tatsache, die Anlaß zum Protest gibt.

Arbeitsmedizinisch wurde festgestellt, daß starke Staubbelastung in vielen Betrieben einen nachteiligen Einfluß auf das bronchopulmonare System (= Bronchien und Lunge) ausüben. Hierbei spielen folgende Schadstoffe (es sind bei weitem nicht alle, sondern nur die hauptsächlichen) eine wichtige Rolle:

Ammoniak (NH_3), Chlor (Cl_2), Chloridoxid (ClO_2), Chlorsulfonsäure (SO_2OHCl), Dimethylsulfat ($(CH_3)_2SO_4$), Formaldehyd (HCHO), Cadmiumoxid (CdO), nitrose Gase (NO, $N0_2$, N_2O_4), Ozon (O_3), Phosgen ($COCl_2$), Phosphoroxychlorid ($POCl_3$).

Die Erkrankung führt arbeitsmedizinisch den Namen CURS (chronisches unspezifisches respiratorisches Syndrom) und wird als die „gegenwärtig in unserer Bevölkerung mit weitem Abstand häufigste aller Atemwegserkrankungen" bezeichnet, die „als Ursache für Arbeitsunfähigkeit sowie als Grund für vorzeitige Berufs- und Erwerbsunfähigkeit an vorderer Stelle" steht. Auch als Begleitkrankheit bei Pneumokoniosen (= Staublungen-Erkrankungen) von Stäuben, Gasen und Dämpfen sei CURS von wesentlicher Bedeutung. Kennzeichnend sei die Dreiheit von Husten, Auswurf und Atemnot.

(Vgl. H. Valentin u.a., Arbeitsmedizin 1, 2. Auflage, Georg Thieme Verlag Stuttgart 1979, S. 299 ff)



Angriff berittener Polizei auf Streikposten, im Hintergrund die schwerbewaffnete Fußtruppe. Die berittenen Polizisten hatten den ausdrücklichen Befehl, bei Widerstand Streikposten niederzureiten — ein Befehl, dem sie auch nachkamen. Auf dem Bild ist zu erkennen, wie der zweite Reiter von links auf den Mann im hellen Pullover zielt.

David Barker, Mitglied der Gruppe britischer Bergarbeiter, die vor einiger Zeit durch die BRD reiste (siehe Berichterstattung im RM) schrieb diesen Brief an einen KPD-Genossen, der ihn uns zur Veröffentlichung weitergab. Er faßte darin die Entwicklung des Bergarbeiterstreiks in den letzten vier Wochen kurz zusammen.

Brief eines streikenden britischen Bergarbeiters

Lieber Rolf,
nur ganz kurz, damit du weißt, daß ich die Zeitungen, die du mir geschickt hast, erhalten habe.

Für uns beginnt heute die 13. Streikwoche, das ist der längste Bergarbeiterstreik seit 1926. Die Moral ist sehr gut, wir sind sehr zuversichtlich, daß wir siegen werden. Täglich wird der Kampf der Streikposten härter. Steve, der Junge, der mit uns bei euch in Deutschland war, wurde festgenommen und von der Polizei geschlagen, letzte Woche war das. Trotzdem geht er nach wie vor täglich Streikposten stehen. Insgesamt wurden bisher über 2500 Streikposten festgenommen. Unser Hauptkampfort ist gegenwärtig Orgreave in der Nähe von Sheffield — da sind bis zu 10000 Polizisten im Einsatz.

Wir sind entschlossen, jede Lieferung von Koks und Kohle an die Stahlwerke zu verhindern. Die Eisenbahnergewerkschaft sorgt dafür, daß keine Kohle mehr mit der Eisenbahn transportiert wird. Private Fuhrunternehmen mit unorganisierten Fahrern werden zum Versuch benutzt, unseren Streik zu brechen. Wir sind der Überzeugung, daß der Stillstand der Stahlerzeugung ein Schlüsselfaktor ist, wenn wir gewinnen wollen. Die Autoindustrie ist schon knapp an Stahl, sie dadurch weiter zu treffen, das hätte harte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Die massive Anwesenheit von Polizei zeigt, daß die Regierung sich allmählich echte Sorgen macht. Die Bilder von den Streikpostenketten ähneln heute den Bildern aus Nordirland [ich habe dir die letzte Ausgabe unserer Gewerkschaftszeitung mit einigen eindrucksvollen Fotos beigelegt].

13 Wochen ohne Streikgeld und für viele Kumpel überhaupt ohne Geld, das verursacht schon gewaltige Geldsorgen. Deshalb wurden die 16000 Mark, die wir bei euch gesammelt haben, von unseren Jungs sehr hoch eingeschätzt. Wir können euch und all den Leuten, die uns da unterstützt haben, nicht genug danken.

In dieser Zeit des härtesten Kampfes, den britische Bergarbeiter je ausfechten mußten, hätte eine Niederlage geradezu katastrophale Auswirkungen. Nicht nur für unsere Gewerkschaft, sondern für die ganze Arbeiterklasse.

Eines der wichtigsten Dinge, die festzustellen sind, ist, daß dieser Streik uns Sozialisten eine Gelegenheit bietet, die Sache des Sozialismus darzustellen, zu zeigen, daß es eine Alternative gibt, eine Alternative zum Chaos dieses kapitalistischen Systems. Er zeigt auch, daß der Reformismus der Labour Party nur bedeutet, den Kapitalismus besser zu managen als es die Tories tun.

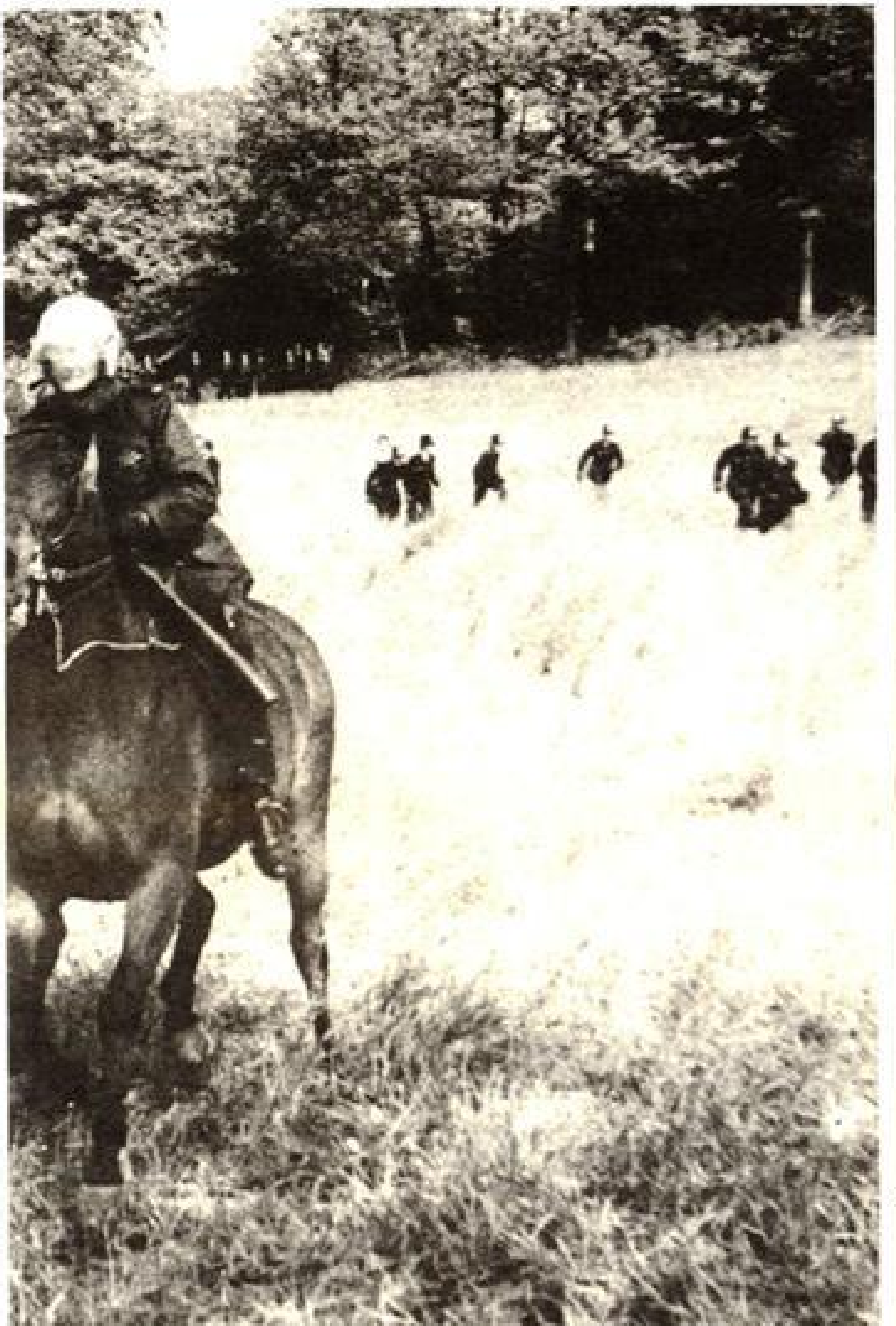
Natürlich weiß ich, daß ein Sieg der Kumpels nicht all die Probleme lösen würde, vor denen wir stehen: atomare Aufrüstung, der Rassismus in unserer Gesellschaft, Massenarbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse, Sozialabbau, sei es bei der Unterstützung, der Erziehung oder dem Gesundheitswesen.

Aber er würde einen großen Aufschwung für uns im Klassenkampf bedeuten. Deshalb waren auch die Treffen mit Arbeitern, mit revolutionären Sozialisten, mit Leuten wie dir das Wichtigste an unserem Besuch bei euch.

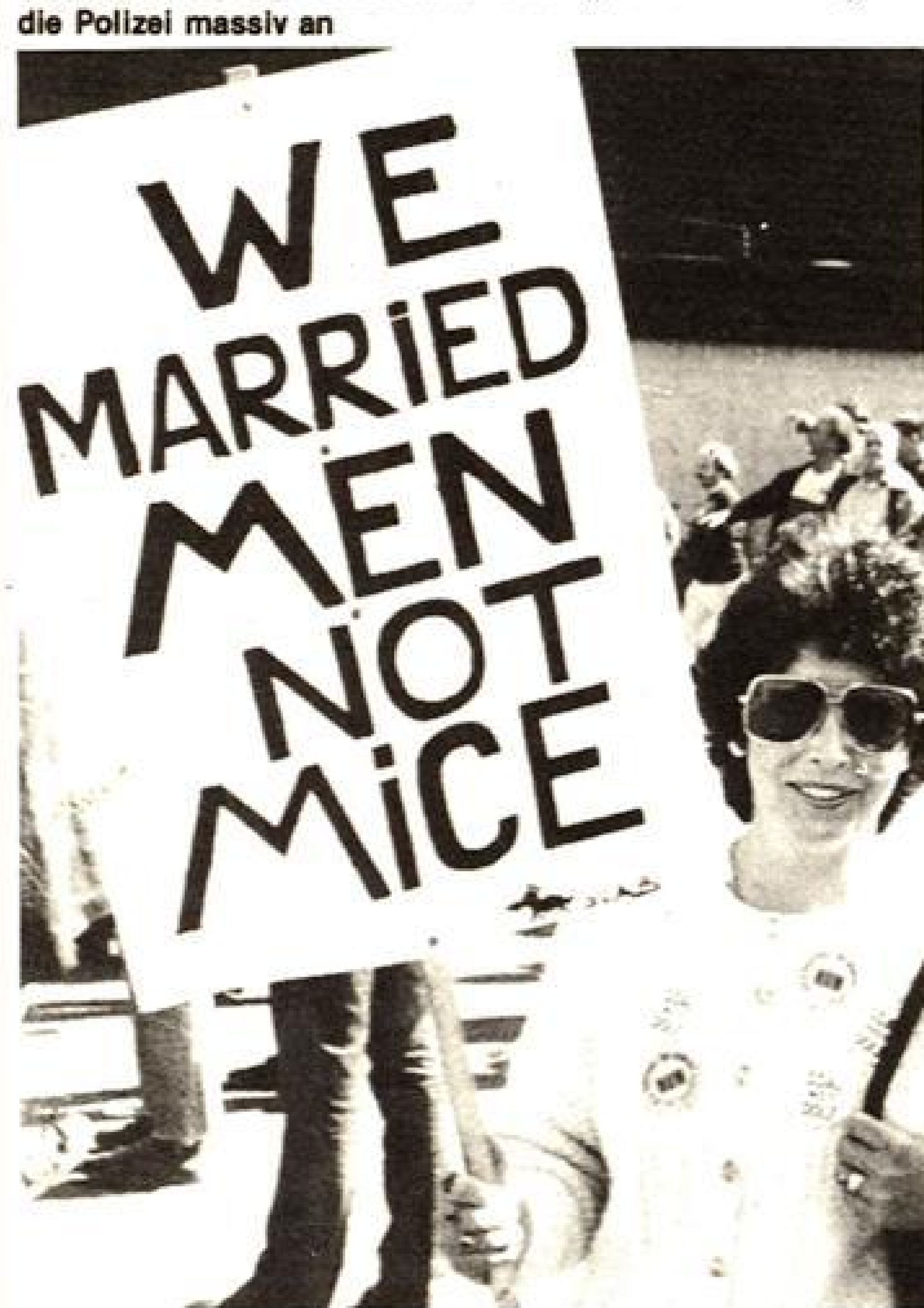
Jetzt muß ich aufhören — gib bitte unseren Dank an alle Genossen für die Unterstützung, die sie unserem Kampf gegeben haben.

Für die National Union of Miners Armthorpe (Yorkshire Area) brüderliche Grüße

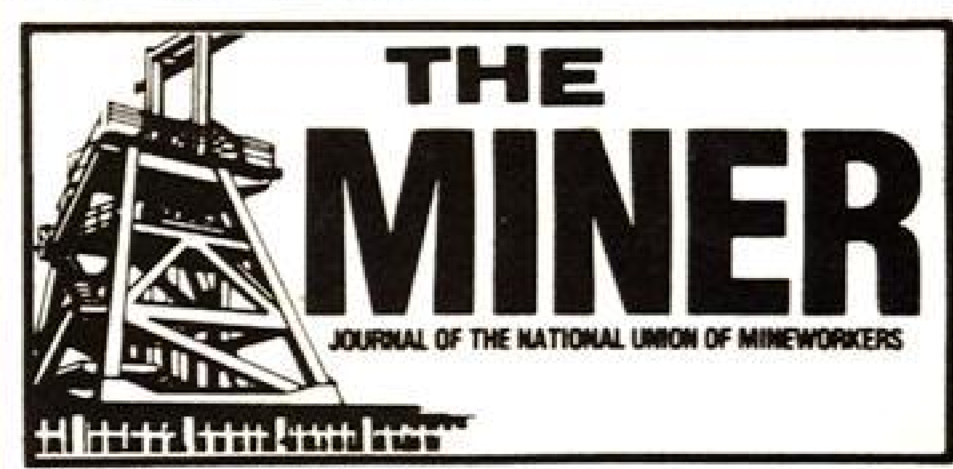
Dave Barker



Nicht nur über die Straße auch durch „Wald und Flur" griff die Polizei massiv an



Diese Bergarbeiterfrau drückt ihre Unterstützung für den Streik so aus: „Wir haben Männer geheiratet, keine Mäuse"



Die Zeitung der National Union of Miners (NUM) berichtete in einer Sonderausgabe vom 2. Juni über die „Schlacht um Orgreave". Der Bericht der Gewerkschaftszeitung wird eingeleitet mit den Worten:

In Orgreave gab es drei Sorten Tiere. Polizeipferde, Polizeihunde und Polizisten..."

Fotografen waren vor der Polizeiaktion gezwungen worden, sich in eine Entfernung von mindestens 300 Yards zu begeben — nur die der Gewerkschaftszeitung hielten sich nicht daran — wofür sie verfolgt wurden. Die Bilder sprechen für sich.



Männer und Frauen gemeinsam auf Streikposten gegen private Fuhrunternehmer



Massendemonstration nach dem Polizeiüberfall auf Orgreave, im Vordergrund ein Banner der Angestellten im Gesundheitswesen, die den Streik von Beginn an besonders unterstützt haben

„Deutsch" Südwestafrika

69 Jahre nach der Besetzung der ehemaligen Kolonie des deutschen Kaiserreiches „Südwestafrika" ist Deutsch wieder offizielle Amtssprache im heutigen Namibia geworden. Diese dritte Sprache, nach Afrikaans und Englisch ist von der gesetzgebenden Versammlung der für Weiße zuständigen Volksgruppenvertretung eingeführt worden.

Der Generaladministrator, der von der Republik Südafrika als Verwalter bestellte Willie van Niekerk, erfüllt damit eine alte Forderung deutscher und deutschstämmiger Siedler in diesem Gebiet. Die Deutschen stellen zwar mit 20000 nur einen kleinen Teil der über eine Million Bewohner des Landes, sind aber mit Unterstützung der Südafrikanischen Besatzer und der rassistischen Gesetze eine einflußreiche Gruppe.

Der südafrikanische Ministerpräsident Botha wurde jetzt nach seinem Bonn-Besuch nachträglich vom *„Bayernkurier"* in Schutz genommen. Einige diplomatische Kleinigkeiten, die das Kanzleramt organisierte, um den Besuch nicht allzu herzlich wirken zu lassen, kritisierte das CSU-Organ scharf: „Possenspiel" und „absurdes Theater" nannte man das, und warf Bonn vor, man habe *„zwangsläufig" eine tiefe Verstimmung"* ausgelöst. Die CSU ist für volle Unterstützung des Rassistenregimes und wirft der Regierung vor: *„Wer in Bonn meint, es Botha und seiner Regierung einmal so richtig zeigen zu müssen, und wer dies zudem auf die alberne und kleinkarierte Weise tut, mit der es geschehen ist, gesteht ein, daß er die im südlichen Afrika eingetretenen Entwicklungen verschlafen hat"*, heißt es im *„Bayernkurier"*.

Ausnahmezustand in Peru

Nach einem Streik von rund 60000 Staatsangestellten und Lehrern hat die peruanische Regierung den Ausnahmezustand über das Land verhängt. Für mindestens 30 Tage sind damit alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt. Mit dieser provokativen Maßnahme will die Regierung den Streik brechen. Die Streikenden und ihre Gewerkschaften haben aber trotz des Ausnahmezustands weitergekämpft. Solidaritätskundgebungen sind angesagt.

Um die „öffentliche Ordnung aufrechzuerhalten" soll Streikbrechern mit allen Mitteln der Zugang zu ihren Arbeitsplätzen gewährleistet werden. Einen Einsatz der Armee gegen die Streikenden schloß die Regierung noch aus.

Terrorurteile in Tunesien

Erneut sind Teilnehmer der Hungerrevolte in Tunesien von Gerichten des Bourgiba-Regimes zu harten Strafen verurteilt worden. Wegen Teilnahme an Demonstrationen und Plünderungen nach der (später zurückgenommenen) Brotpreiserhöhung im Januar sind von einem Gericht in Tunis fünf junge Leute zu Zuchthausstrafen von 15 bis 20 Jahren verurteilt worden. Ein weiterer Angeklagter bekam 10 Jahre Zwangsarbeit.

Neue Stufe des Wettrüstens beginnt



Der Krieg im Weltraum

Erstmals hat es die US-amerikanische Kriegsmaschinerie geschafft, ein Geschoß im Flug abzuschießen, bzw. zu zerstören, das sich im Weltraum befand. Dieser „große Erfolg" für die Militärs kam gerade rechtzeitig zu anstehenden Etatverhandlungen in Washington und wird nebenbei, da kann man sicher sein, eine neue Stufe im Wettrüsten der beiden Supermächte einleiten.

Am Pfingstsonntag haben die USA eine Intercontinental-Rakete von Kalifornien aus in den Weltraum geschossen. Kurz darauf startete eine andere, neuentwickelte Rakete von dem Pazifik-Atoll Kwajalein. Mit einer Geschwindigkeit von über 20000 Kilometern pro Stunde nähert diese Rakete sich der von den USA aus gestarteten anderen Rakete, ortet sie genau und zerstört sie in 160 km Höhe.

Was die US-Militärs als „großen Schritt vorwärts" feiern, ist Teil des Programms des Kriegs der Sterne, des „Star-War"-Programms der Reagan-Regierung. Mehrmals waren bisher ähnliche Experimente gescheitert, die **1,7 Milliarden Dollar**, die der Kongress bewilligen sollte, wurden unsicher. Jetzt, nachdem die Militärs ihre Show hatten, die Sache groß gefeiert wurde („Wir haben gezeigt, daß wir in der Lage sind, etwas zu tun, was niemals vorher getan worden ist", so General Elvin Heilberg) bewilligte man Ronald Reagan die Gelder. Zwar wurden die Summen gekürzt, aber eher optisch — die USA werden für Milliarden Dollar ihre Aufrüstung auf den Bereich des Weltraums ausdehnen. Schwerpunkte des Programms sind Waffen, die im Bereich außerhalb der Erdathmosphäre vernichten — die USA wollen dafür auch gigantische Laserkanonen entwickeln.

Völlig hinfällig ist damit eines der vielen „Abrüstungsabkommen" zwischen den USA und der Sowjetunion, das ABM-Abkommen von 1972. Dieser ABM-Vertrag verbietet das Testen, die Entwicklung und die Produktion derartiger Anti-Raketen-Waffen.

Ein Angebot der Sowjetunion, offizielle Verhandlungen über ein Verbot von Weltraumwaffen aufzunehmen, ist inzwischen von den USA abgelehnt worden.

Während die Sowjetunion die USA zwingen will, keinerlei Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum zu befördern, behaupten die USA, die UdSSR besitze ein Monopol auf dem Gebiet der sogenannten Killersatelliten. Wie dem auch immer sei, wer die schlimmeren Raketen oder Satelliten hat — beide Supermächte verlegen ihre vorderste Linie zur Durchsetzung oder Behauptung ihrer Großmachtinteressen nach vorn — genauer, jetzt nach oben. Das atomare Netz um uns wird immer dichter ...

Verhindert die Hinrichtung von F.I. Berkin, S. Yilmazsoy und M. Öztürk

Den folgenden Text veröffentlichte das Komitee für die Solidarität mit den Freiheitsgefangenen, Kaiser-Wilhelm-Str. 252, 4100 Duisburg 11.

Mit der Behauptung, 1977 den im Gefängnis von Izmir gefangenen Orhan Bakur aus dem Gefängnis entführt zu haben und dabei einen Soldaten getötet zu haben, befinden sich Feridun Ihsan Berkin, Sedat Yilmazoy und Muzaffer Öztürk seit Oktober 1977 in Haft. In dem Prozeß Anfang Febraur 1982 wurden sie von dem 2. Militärgericht der Ägäis-Armee und er Kriegsrechtskommandantur zum Tode verurteilt. In dem selben Prozeß bekamen 13 andere Betroffene unterschiedlich schwere Haftstrafen.

Da das Todesurteil dieser drei Revolutionäre von der faschistischen Junta schon vorher verhängt worden war, nutzten die darauffolgenden Prozesse und Revisionen zu nichts anderem, als dem Beschluß der Junta juristischen Anschein zu geben. Bei den bisherigen Prozessen und beim militärischen Kassationshof wurden, sogar die eigenen Gesetze außer acht gelassen und mit „Direktiven von oben" Beschlüsse gefaßt.

Ende Januar 1984 wurden die Unterlagen von Feridun I. Berkin, S. Yilmazsoy, M. Öztürk, gemeinsam mit 24 anderen Personen, die auch von verschiedenen Militärgerichten zum Tode verurteilt wurden, der Justizkommission der Großen Nationalversammlung der Türkei zur Bestätigung übergeben.

Am 23. Mai 1984 wurde das Todesurteil von F. I. Berkin mit 7 Nein- gegen 8 Ja-Stimmen von der Justizkommission bestätigt. Kurz darauf, am 1.6.1984 bewilligte die Justizkommission auch die Todesurteile von S. Yilmazsoy, M. Öztürk und übergab sie der Großen Nationalversammlung der Türkei. Nach der Unterzeichnung der Urteile durch die Nationalversammlung wird der Staatspräsident (K. Evren) die Todesurteile bewilligen und die Vollstreckung wird kurz darauf erfolgen.

Unterstützt die Aktivitäten unseres Komitees für die Verhinderung der Hinrichtungen von F.I. Berkin, S. Yilmazsoy und M. Öztürk!

Für die Rettung des Lebens von F.I. Berkin, S. Yilmazsoy und M. Öztürk, zur Verhinderung der Hinrichtungen der anderen politischen Gefangenen hat unser Komitee eine Kampagne eröffnet, die unter anderem auch bezweckt, die Solidarität der fortschrittlichen, antifaschistischen Menschen in Europa für die politischen Gefangenen zu gewinnen. Um dies zu verwirklichen, werden wir von Demonstrationen bis zu Unterschriftensammlungen viele Aktivitäten durchführen.

Die faschistische Junta hofft, bei ihrem Vorgehen auf das Stillschweigen der Weltöffentlichkeit, nachdem ihre Maßnahmen zuletzt auch durch das europäische Parlament als „demokratisch" bestätigt wurden und die Türkei wieder in das europäische Parlament aufgenommen wurde.

Ohne die Solidarität und Unterstützung der demokratischen Weltöffentlichkeit wird die Junta in ihrem Vorgehen bestärkt. Nur durch eine breite Solidaritätskampagne der Öffentlichkeit kann das Leben der drei Revolutionäre und anderer Gefangener gerettet werden und die Hinrichtungswelle verhindert werden.

Die Kampagne unseres Komitees wird zunächst auf der Basis von Protesterklärungen an die Große Nationalversammlung der Türkei geführt werden.

Wir rufen alle demokratischen, fortschrittlichen Organisationen auf, die Aktion des Komitees im großen Rahmen zu unterstützen und auch selbst diese Aktion durchzuführen. Schreibt bitte an unser Komitee, wie weit ihre diese Aktion unterstützen und Unterschriften sammeln könnt.

Schickt Solidaritätsbriefe an F.I. Berkin, M. Öztürk und S. Yilmazsoy. Die Anschrift: Feridun Ihsan Berkin, Buca Kapali Cezaevi, Buca — Izmir/Türkei. Sedat Yilmazsoy Buca Kapali Cezaevi, Buca — Izmir/Türkei, Muzaffer Öztürk, Buca Kapali Cezaevi, Buca — Izmir/Türkei.

(Es ist wichtig, daß die Briefe getrennt geschickt werden.)

Kommentare

US-„Friedenspolitik" konkret

„New York Times" und „Washington Post", zwei in der Regel gut informierte US-Zeitschriften, berichten in letzter Zeit verstärkt über die systematische Vorbereitung des US-Imperialismus für militärische Einsätze in der dritten Welt. Die Zeitungen beziehen sich dabei auf Interviews führender Vertreter der Regierung, sowie auf Analysen verschiedenster Budgets der Regierung. Die „New York Times" berichtete über die Aufstellung neuer geheimer Kommandoeinheiten, die bereits bei der Invasion Grenadas im Einsatz gewesen sind und auch im Libanon und Nicaragua aktiv seien. Diese Einheiten seien nach dem fehlgeschlagenen Unternehmen im Iran 1980 geschaffen worden. Im Frühjahr dieses Jahres haben außerdem die Vereinigten Stabschefs der US-Army eine „Behörde für gemeinsame Spezialoperationen" geschaffen, die die Koordination eventueller Einsätze übernehmen soll. Diese Spezialtruppen sollen, wie es in Washington heißt, eingesetzt werden, wenn reguläre US-Truppen aus politischen Gründen nicht eingreifen können.

„Washington Post" berichtete, daß neben Aufstellung neuer Kommandos auch damit begonnen worden ist, bestehende Spezialtruppen, wie die Marine-Infanterie, die Green Berrets und die Rangers zu verstärken. Hier sei auch Ziel, diese Einheiten zur Ausbildung der Streitkräfte dritter Staaten zu intensivieren, um Rebellen- und Guerillabewegungen besser bekämpfen zu können. In diesem Zusammenhang, so die „Washington Post" seien auch die verstärkten Waffenlieferungen, Großmanöver und der Ausbau des Netzes von US-Stützpunkten in aller Welt zu sehen.

Begründet, verteidigt wird diese Politik von US-Regierungskreisen damit, daß die USA ihre Rolle als Weltgendarm wieder stärker spielen müßten. So haben der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Fred Ikle und der Ex-Admiral Robert Long in letzter Zeit wiederholt auf die „Besorgnisse der Regierung" über „wachsenden kommunistischen Einfluß in verschiedensten Teilen der Welt" hingewiesen. „In verschiedenen Teilen der Welt", wo die US-Imperialisten dann wieder die „Freiheit des Westens" bedroht sehen, und eingreifen, morden, unterdrücken wollen. Die Vorbereitungen dafür laufen wieder verstärkt an.

Frau Gandhi und die Sikhs

In den vergangenen Wochen waren die Medien voll vom Kampf der Regierungstruppen in Indien gegen die aufständischen Sikhs. Sikhs sind Angehörige einer Religion, die zwischen Moslems und Hindus steht. Die 14,2 Millionen Sikhs stellen im 700-Millionen-Staat Indien nur eine Minderheit, im Bundesstaat Pandschab allerdings 52 Prozent der Bevölkerung. Hier waren die Unruhen auch entstanden. Ein extremistischer, fanatisch-gläubiger Teil der Sikhs schürte die Unruhen. Ihr Anführer Bhindranwale stellte vom Sikh-Heiligtum, dem Goldenen Tempel von Amritsar, immer größere Forderungen, bis hin zur Bildung eines Separatstaates auf dem Gebiet des heutigen indischen Unionsstaates Pandschab. Der Kampf dieser Gruppe der Sikhs, die Privilegien gegenüber den anderen Bewohnern des Landes erreichen wollten, kam es zu vielfachen Morden, Terroraktionen, zur Verletzung der Heiligtümer anderer Religionsgemeinschaften.

Vergangene Woche griff die Armee brutal ein. Armee-Einheiten verhängten eine Ausgangssperre, brachen alle Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen ab und veranstalteten ein Massaker. Der Tempel von Amritsar wurde gestürmt. Der Sikh-Anführer Sant Dscharnil Singh Bhindranwale mit hunderten seiner Glaubensgenossen ermordet. Somit war zunächst mal wieder „Ruhe" hergestellt.

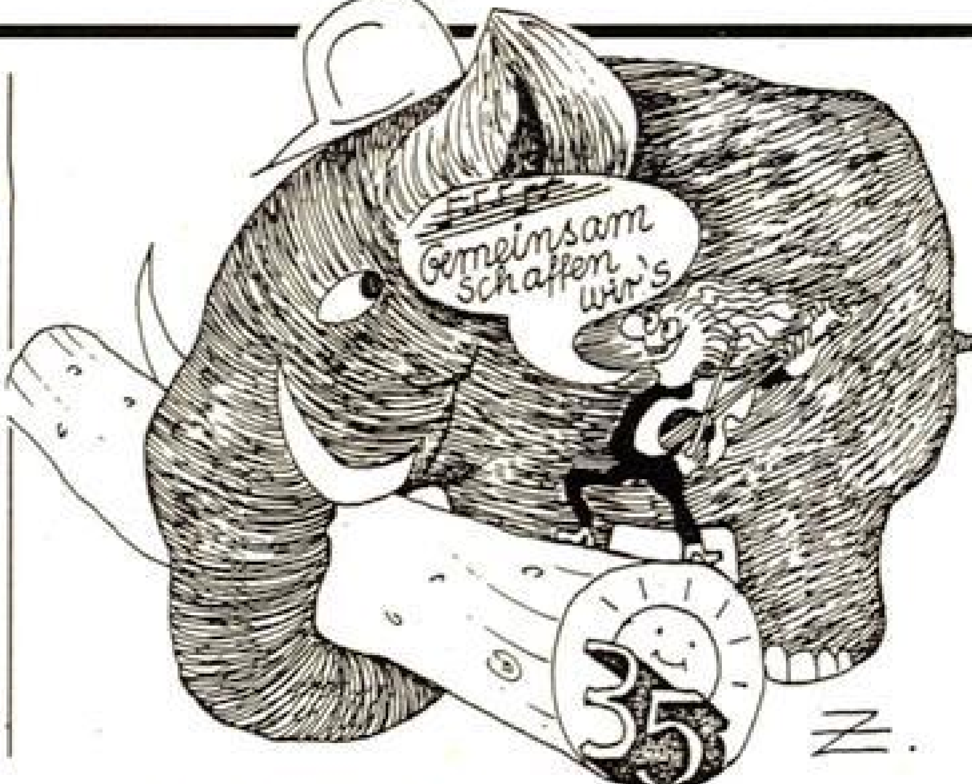
Nicht, daß wir irgendeine der Greueltaten der fanatischen Fundamentalistensekte der Sikhs entschuldigen wollen. Aber kann das heißen, die Terrorpolitik der Regierung Indira Gandhis verteidigen?

Die Regierungschefin steht einem Regime vor, das in Indien keines der großen Probleme lösen kann, lösen wird. Hunger und Elend für Millionen, mittelalterliche Ausbeutung, Armut und Massenarbeitslosigkeit stehen feudalem Reichtum und einer korrupten Regierung gegenüber. Die vielen Klassenkonflikte, die Differenzen zwischen nationalen und religiösen Bevölkerungsgruppen sind von der Gandhi-Regierung immer im Sinne der verkommenen Zentralmacht von Neu-Delhi gelöst worden. Tiefgreifende Veränderund, die die Ursachen all dieses Elends, dieser Konflikte beseitigen können, sind nicht in Sicht, auch nicht im Sinne dieser Regierung.

Um so schlimmer, daß bei vielen — auch vorgeblich linken Kommentatoren — jetzt das „entschlossene" Eingreifen Indira Gandhis so gelobt wird. Im SPD-Vorwärts kann man so etwas finden, wie auch in der UZ — der Zeitung der DKP. Diese Zeitung berichtet sogar vom „begrüßen" dieser Armee-Aktion gegen die Sikhs durch die moskaufreundliche KP Indiens und kann sich in ihrem gesamten Artikel zu den Problemen Indiens nicht zu einem kritischen Wort gegen die Zentralregierung Indira Gandhis durchringen. Brutaler Militäreinsatz gegen die Bevölkerung zur Lösung von nationalen oder religiösen Minderheitsproblemen — das ist eine Politik, die **wir** aber entschieden ablehnen.

Mit dem Sänger auf dem 35er-Baumstamm, den der Elefant Gewerkschaftsbewegung voranträgt, wirbt die Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler in der Gewerkschaft Kunst im DGB für die 35-Stunden-Woche.

In der diesjährigen Tarifrunde und überhaupt entstehen aber auch „unten", von den Kollegen, im Kampf viele künstlerische Produkte, Gedichte, Lieder. Einiges haben wir in den letzten Wochen auf dieser Woche schon dokumentiert, heute drucken wir das in der Streikreportage im letzten RM schon angekündigte Lied, den Schwäbischen Zukunftswalzer von Branasky und Klaus:



Was wird sein, wenn wir in Schwaben den Sozialismus haben?

Der Fortschritt, der geht auch um Württemberg nicht rum
Konzerne und Banken wer'n Volkseigentum.
Und beispielsweis heißt dann der Rheinmetall-Konzern
Computer-Fabrik „Roter Stern".

Die Arbeitslosenzahlen, die falln konsequent
Am Schluß sans bloß 0,01 Prozent
Und das ist die württembergische Großindustrie
Denn recht viel mehr warn es noch nie.

Das wird sein wenn, das wird sein wenn
Wir Schwaben den Sozialismus haben
Das wird sein wenn, das wird sein wenn
Wir den Sozialismus haben.

Dann lernen die einfachen Leit das Regiern
Und lassen sich nicht mehr wie die Ochsen rumführn
Die Putzfrau, von derer der Lenin erzählt
Die wird dann in'n Landtag reing'wählt.

Der Wörner muß alle Raketen zerlegn
Und nach Schichtschluß, da habt Ihr bestimmt nix dagegen
Diese Buße gilt auch für den MAD,
das Volk schaut zu, wer das net schee

Das wird sein wenn...

Die Seeufer san dann für alle Leit da
Am Mummelsee, am Titisee, am Bodensee auch
Der August von Finck muß schön demütig sein
Dann stelln wir'n als Badmeister ein.

Das sozialistische schwäbische Bier
Wird, weil's gut schmeckt und billig ist, viel exportiert
Pro Tag schickt das Braukombinat a Million
Liter in' Sowjetunion

Das wird sein wenn...

Der Kultusminister Maier, der was
A kreizfrommer Mann ist, kriegt auch seine Chance
der darf, weil er's gar so gut ko mit sein'm Herrn
Hauptamtlicher Meßdiener wer'n.

Der schwäbische Bergbau, mei der wird floriern
Da werd'n die Reichen die Arbeit studiern
Der Gunther von Sachs kriegt am ersten kein Geld
Weil er sich gar so blöd stellt.

Das wird sein wenn...

Und dem Rassenhaß wird auch der Boden entzogen
Zu den Badener darf keiner mehr Gelbfüßler sagen
Und mildernde Umständ gibt's nur, wenn's im Spaß
G'sagt wird nach der fufzehnten Maß.

Was keiner für möglich hält, des wird dann sei
In Geislingen entsteht ne ran-Druckerei
Der Helmut von Au haleluja
Der abonniert die ran dann aa.

Das wird sein wenn...

Triumph der Wissenschaft









B. Ronstein

Vertan, vertan!

Den folgenden „Streiksplitter" fanden wir in einem Streik-Info der IG Druck und Papier Hamburg.

Am Freitag kommt ein Passant bei Springer in der Kaiser-Wilh.-Str. vorbei. Einer von der Sorte, die eifrig schnüffeln, die am liebsten Hilfssheriffs wären, zumindest aber schon in der Schule die anderen beim Lehrer verpetzt haben.

Tja — und was sieht er da: Streikposten! Und noch was: da stehen doch direkt vorm Haupteingang Stellagen, Absperren und noch anderes Zeug herum.

„So — jetzt hab ich sie!" denkt er, reibt sich die Hände und rennt zum nächsten Telefon: „Hallo Polizei! Kommen Sie schnell, Streikposten verbarrikadieren den Haupteingang bei Springer!" Sofort ist die Polizei da, rennt die Treppen rauf und fordert die Streikposten auf, sofort den Eingang freizugeben! „Wieso denn wir? Das ist doch der Reinigungstrupp, der den Eingang fürs Wochenende sauber machen soll!" Die Stellagen gehörten den Fensterputzern.

Allen Schnüfflern und Hilfssheriffs sei noch recht häufig ein solcher Reinfall gegönnt!

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

VERANSTALTUNG: DUISBURG

Die aus Anlaß des 10. Todestages von Genossen Günther Routhier für Juni geplante Veranstaltung findet erst am 8. September in Duisburg statt. Es wird unter anderem ein Film über die Ereignisse um den Fall Günther Routhier, der im holländischen Fernsehen lief, gezeigt. Beginn am 8. September um 16.00 Uhr. Ort wird noch bekanntgegeben.

EINLADUNG — FRAUENKONFERENZ

Nach der ersten zentralen Frauenkonferenz finden noch regionale Konferenzen statt. Dazu sind alle Genossinnen, Frauen von Genossen und interessierte Frauen herzlich eingeladen. Hauptthema: „Probleme der Frauen in der KPD". Wir berichten aber auch über die Frauenkonferenz und diskutieren aktuelle Fragen.

NORD

NORD (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen)
Samstag, 23.6.1984, 11.00 Uhr,
Gaststätte Sorbas, Jarrestr. 27
Hamburg (vom Hauptbahnhof U-Bahn Linie 3 bis Saarlandstraße)

Verschoben auf 30.6., 14.00 Uhr

MITTE

MITTE (NRW, Rheinland, Hessen)
Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr,
Büro Dortmund, Wellinghofer Str. 103
Dortmund

SÜD

SÜD (Ba-Wü, Saarland, Pfalz, Bayern)
Samstag, 30. 6. 1984, 11.00 Uhr,

Termin 30.6.
Stuttgart, 11.00 Uhr, Bücherstube Ost, Hausmannstr. 107, 7000 Stuttgart 1

BERLIN

BERLIN Termin noch offen

Natürlich könnt ihr auch zu einem anderen Termin kommen, wenn ihr den für euren Bereich festgelegten nicht wahrnehmen könnt.

BREMEN:

Deutsch-Albanisches Freundschaftsfest

SONNABEND, 30. Juni

BÜRGERHAUS OSLEBSHAUSEN 15.30 - 18.30

AM NONNENBERG 40

Ortsgruppe Bremen

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteiburos sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind samtliche Veroffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.